

KULTURWEHR

Zeitschrift für Minderheitenkultur und -Politik

JUNI 1928

HEFT 6

Anträge der polnischen Minderheit an die Reichsregierung und die preußische Staatsregierung.

Der »Związek Polaków w Niemcezech« (Bund der Polen in Deutschland) hat am 25. Mai an die Reichsregierung folgenden Antrag gerichtet:

Związek Polaków w Niemcezech T. z. Charlottenburg, den 25. Mai 1928.
(Bund der Polen in Deutschland E. V.) Schlüterstr. 57 V.

Tgb. Nr. 898/73/28.

Einschreiben.

Gegen Rückschein.

Der Bund der Polen in Deutschland als die Vertretung der etwa eineinhalb Millionen zählenden polnischen Minderheit in Deutschland erhebt hiermit schärfsten Protest gegen die Behandlung der die Interessen dieser Minderheit in den gesetzgebenden Körperschaften schützenden Partei als eine politische Splitterpartei.

In Gemäßheit der an die Deutsche Reichsregierung gerichteten, bisher unerledigten Eingabe vom 9. November 1926 des Verbandes der nationalen Minderheiten in Deutschland betreffend Aufhebung der die Interessen einer nationalen Minderheit benachteiligenden örtlichen Wahlkreiseinteilung,

in Anbetracht dessen, daß jede nationale Minderheit eine volkliche und kulturelle Einheit für sich bildet und daher als Partei im partei-politischen Sinne nicht angesehen werden kann,

aus Gründen der Billigkeit und der die Beziehungen der Völker sichernden Gerechtigkeit,

unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die zum Reichstag abgegebene Gesamtstimmenzahl der polnischen Minderheit mehr als 60 000 beträgt und eine weit höhere Ziffer unter anderem schon infolge der verschiedenen Listennummern zum Reichs- und Preußischen Landtag und der dadurch hervorgerufenen Verwirrung in der Wählerschaft nicht erreicht worden ist,

im Sinne der durch die Verfassung bestimmten Materie des Wahlrechts, die in diesem Falle dem Wortlaut des bestehenden Rechts-

satzes entgegentritt, wird hiermit die Forderung erhoben, der polnischen Minderheit im Reichstag ein Mandat von der Reichsliste (»Nationale Minderheiten Deutschlands«) zuzuerkennen und die entsprechende Verordnung zu erlassen bzw. Gesetzesvorlage einzubringen.

Związek Polaków w Niemcezech T. z.
(Bund der Polen in Deutschland E. V.)

(—) **Dr. Jan Kaczmarek,**
Hauptgeschäftsführer.

Auf diesen Antrag ist von der Reichsregierung folgende Antwort gegeben worden:

Der Staatssekretär
in der
Reichskanzlei.

Berlin W. 8, den 5. Juni 1928.
Wilhelmstr. 77.

Rk. 4385. An den Bund der Polen in Deutschland,
Charlottenburg.

Auf das Schreiben vom 25. Mai 1928.

Auftragsgemäß bestätige ich ergebenst den Empfang des erwähnten Schreibens wegen Forderung eines Reichstagsmandats für die polnische Minderheit. Die Eingabe ist dem für die Angelegenheit zuständigen Herrn Reichsminister des Innern zugeleitet worden.

In Vertretung:
(gez.) **Dr. v. Hagenow.**

*

Ein entsprechender Antrag ist zu gleicher Zeit an die Preussische Staatsregierung mit folgendem Wortlaut gerichtet worden:

Związek Polaków w Niemcezech T. z. Charlottenburg, den 25. Mai 1928.
(Bund der Polen in Deutschland E. V.) Schlüterstr. 57 V.

Tgb. Nr. 899/73/28.
Einschreiben.
Gegen Rückschein.

Der Bund der Polen in Deutschland als die Vertretung der etwa eineinhalb Millionen zählenden polnischen Minderheit in Deutschland erhebt hiermit schärfsten Protest gegen die Behandlung der die Interessen dieser Minderheit in den gesetzgebenden Körperschaften schützenden Partei als eine politische Splitterpartei.

In Gemäßheit der an die Deutsche Reichsregierung gerichteten bisher unerledigten Eingabe vom 9. November 1926 des Verbandes der nationalen Minderheiten in Deutschland betreffend Aufhebung der die Interessen einer nationalen Minderheit benachteiligenden örtlichen Wahlkreiseinteilung,

in Anbetracht dessen, daß jede nationale Minderheit eine volkliche und kulturelle Einheit für sich bildet und daher als Partei im partei-politischen Sinne nicht angesehen werden kann,

aus Gründen der Billigkeit und der die Beziehungen der Völker sichernden Gerechtigkeit,

unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die zum Preußischen Landtag abgegebene Gesamtstimmenzahl der polnischen Minderheit weit mehr als 40 000 beträgt, wobei schon in einem Wahlkreise die erreichte Stimmenzahl nahe an die gesetzmäßige heranreicht, weiterhin eine viel höhere Ziffer unter anderem schon infolge der verschiedenen Listennummern zum Reichs- und Preußischen Landtag und der dadurch hervorgerufenen Verwirrung in der Wählerschaft nicht erreicht worden ist,

im Sinne der durch die Verfassung bestimmten Materie des Wahlrechts, die in diesem Falle dem Wortlaut des bestehenden Rechtsatzes entgegentritt, wird hiermit die Forderung erhoben, der polnischen Minderheit im Preußischen Landtag ein Mandat zuzuerkennen und die entsprechende Verordnung zu erlassen bezw. Gesetzesvorlage einzubringen.

Związek Polaków w Niemcezech T. z.
(Bund der Polen in Deutschland E. V.)

(—) **Dr. Jan Kaczmarek,**
Hauptgeschäftsführer.

Die Preussische Staatsregierung hat den Antrag der gesetzgebenden Körperschaft zugeleitet, die Folgendes mitteilt:

**Der Direktor
beim Landtag.**

Berlin SW. 11, Prinz Albrechtstr. 5,
den 11. Juni 1928.

Ihre Eingabe vom 25. Mai 1928 ist dem **Verfassungsausschuß** überwiesen worden. Bei Anfragen ist stets die Geschäftsnummer II 172 Verf. anzugeben.

I. A.

(—) Unterschrift (unleserlich).

Die Wahlen zum Reichstag und preußischen Landtag vom 20. Mai 1928.

Das Ergebnis der Wahlen und seine Bedeutung für die nationalen Minderheiten in Deutschland.

Von **Jan Skala.**

Die Wahlen zu den beiden wichtigsten Parlamenten des Deutschen Reichs haben mit einer innenpolitisch bedeutsamen Verschiebung der Kräfteverhältnisse von Rechts nach Links geendet; nebenbei sind auch die Mittelparteien: Centrum, Demokraten und Volkspartei von starken Mandatsverlusten betroffen worden. Der Mandatzuwachs ist am stärksten bei den Sozialdemokraten; aber auch die Kommunisten haben wider Erwarten einen beträchtlichen Mandatsgewinn zu verzeichnen. Besonders charakteristisch ist aber die Entwicklung der Wirtschaftspartei, die ihre Mandate

nahezu verdoppeln konnte (13 im alten, 23 im neuen Reichstag). Am auffallendsten unter den Verlusten ist das Zurückgehen der Zentrumstimmen, die um etwa 650 000 im ganzen Reich zurückgegangen sind. Betrachtet man diese Verschiebungen: Zunahme der sozialistischen Stimmen, sowohl der gemässigten als auch der radikalen Sozialisten und der für die Wirtschaftspartei abgegebenen einerseits und Verluste der Zentrums- sowie Demokraten-, deutschvolksparteilichen und deutschnationalen Stimmen andererseits, kommt man zu dem Ergebnis, dass die Wählermassen ihre Entscheidung nicht nach politisch-weltanschaulichen, sondern nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und Erwägungen getroffen haben. Und diese Entscheidung ist nach praktischen Erfahrungen erfolgt, woraus sich der ausserordentliche Verlust der Rechts- und Mittelparteien erklärt, deren wirtschaftspolitische Praxis weder die Kleinbauern noch die Mittelständler, die sonst zu den Rechtsparteien neigen, und am wenigsten denjenigen Teil der Arbeiterschaft befriedigen konnte, der sonst für das Zentrum votierte.

Es standen also für die überwiegende Mehrheit der Wähler nicht weltanschauliche und nicht politische, sondern rein berufständisch-wirtschaftliche Momente im Vordergrund. Daraus ergibt sich folgerichtig die Konsequenz, dass dem in diesen Wahlen ausgedrückten Votum der prae-dominierende politische Charakter fehlt. Trotzdem wäre es natürlich abwegig, das politische Gewicht der letzten Wahlen bestreiten zu wollen. Die Wähler haben zwar ihrem Willen in einer bestimmten Richtung kundgegeben, ohne jedoch auch nur den Versuch in entscheidendem Umfange zu machen, diesen Willen nun auch restlos verwirklicht zu sehen. Kurz: Die Masse der Wähler erwartet gefühlsmässig, dass ihre Wünsche erfüllt werden, sie fordert es aber nicht. Die einzige politische Nuance der Wahlen könnte man in der Abkehr von den monarchistischen Parteien erblicken. Aber auch dies ist nur ein negatives Resultat, denn der Zuwachs der Kommunisten ist ein positives Misstrauensvotum gegen die Republik. An der inneren wie äusseren Politik des Reiches und an der Politik Preussens wird sich nicht viel ändern; die politischen Geleise sind ohnehin in einer Richtung festgelegt, die die republikanischen und halbrepublikanischen Parteien bestimmt haben. Fahrgerät und Fahrpersonal werden mit einigen Auswechslungen ungefähr die gleichen bleiben.

Unter solchen Verhältnissen hat das Votum der Wähler wenig politisches Gewicht: innenpolitisch ist kein Parlament Europas imstande, wirtschaftliche Probleme diktatorisch zu lösen; dass die Wähler an die Allmacht der von ihnen be-

vorzugten Partei glauben, sobald diese nur zahlenmässig im Parlament erscheint, ist frommer Wählerglaube, den die deutschen Parteien zweckbewusst genährt haben und nähren. Und nicht anders verhält es sich mit den rein politischen Problemen: europäische Politik ist kein Monopolerzeugnis, sondern die Synthese vieler notwendig oder zweckmässig zueinander strömender Elemente. Davon war in der Wahlbewegung fast gar nicht oder nur sehr vorsichtig und sehr sporadisch die Rede, weil die Wählermassen kein eigenes Urteil haben und deshalb mit den bisherigen »Erfolgen« zufrieden sind.

★

Die nationalen Minderheiten in Deutschland sind von dieser Zeitströmung mit erfasst worden, und ihre Wählermassen haben bei den Wahlen fast nach den gleichen Gesichtspunkten wie ihre deutschen Staatsmitbürger votiert. Die Folge war, dass die nationalen Minderheiten überall starke Stimmenverluste erlitten: die Dänen etwa 50 Prozent, die Friesen und Litauer relativ weniger, am wenigsten noch die polnische Minderheit, die in Westfalen-Rheinland sogar ein Plus von etwa 18 Prozent zu verzeichnen hat, so dass die Polen ca. 9 Prozent an Wählerstimmen verloren haben. Auffallend ist dabei, dass zwischen den Stimmen zum Reichstag und denen zum preussischen Landtag starke Schwankungen in ein und demselben Wahlkreise und auch insgesamt liegen:

Zum Reichstag wurden abgegeben	70.963 Stimmen	
darunter polnische Stimmen	64.860	»
lausitzer-serbische »	3.102	»
dänische »	2.427	»
litauische »	290	»
friesische »	284	»

insgesamt: 70.963 Stimmen

Zum preuß. Landtag wurden abg.	75.703 Stimmen
darunter polnische Stimmen	72.112 »
dänische »	2.466 »
litauische »	432 »
lausitzer-serbische »	382*) »
friesische »	311 »

insgesamt: 75.703 Stimmen

*) Die Differenz zwischen Reichstags- und Landtagsstimmen ergibt sich aus der Tatsache, dass die Lausitzer-Serben auf Preussen und Sachsen verteilt sind, infolgedessen nur die preussischen L.-Serben zum Landtag wählen konnten. Ausserdem konnte in der Provinz Brandenburg (Cottbus) ein Wahlvorschlag der »Wendischen Volkspartei« leider nicht rechtzeitig eingebracht werden, sodass sowohl zum Reichstag wie zum Landtag die Stimmen der L.-Serben fehlen.

Obwohl also die nationalen Minderheiten zusammen — aber auch die Polen allein — sowohl die für ein Reichstagsmandat notwendigen 60 000 und die für ein Landtagsmandat erforderlichen 40 000 Stimmen nicht nur erreicht, sondern im ersteren Falle um nahezu 110 000, in letzterem um über 350 000 Stimmen überschritten haben, bleiben sie doch ohne eine parlamentarische Vertretung in der gesetzgebenden Körperschaft Preussens und auch des Reichs. Dieser minderheitspolitisch unhaltbare, staatspolitisch ungesunde Zustand resultiert aus dem deutschen Wahlgesetz. Dieses schreibt sowohl für Preussen, wie für das Reich vor, dass die Berücksichtigung der Gesamtstimmen (resp. Reststimmen) nur erfolgen kann, wenn ein Mandat in einem Wahlkreis erlangt wurde, mit anderen Worten: da weder die polnische noch eine andere Minderheit in einem Wahlkreis 40 000 Stimmen zum Landtag, 60 000 Stimmen zum Reichstag aufbrachte, sind alle Stimmen ohne Mandat zu bewerten. Merkwürdigerweise haben einzelne deutsche Zeitungen — allen voran die »Tägliche Rundschau« und der »Lokalanzeiger« — dieses Ergebnis als das einzig erfreuliche Resultat der Wahlen zu bezeichnen gewagt, ohne zu bedenken, dass innenpolitisch nicht unbedeutende deutsche Parteien in die gleiche Situation kommen können und sogar auch diesmal gekommen sind. Die Demokraten haben in Bayern, wo kurz vorher das Wahlgesetz dem Reichsgesetz angepasst wurde, trotz etwa 107 000 Stimmen kein bayrisches Landtagsmandat erlangt, obwohl ihnen nach der absoluten Stimmenziffer drei Sitze zustehen würden; sie haben eben die relative Stimmenzahl in einem Wahlkreis nicht erreicht und blieben mandatlos.*) Die Deutsche Demokratische Partei beabsichtigt gegen die Umgestaltung des bayerischen Wahlrechts eine Klage beim Staatsgerichtshof einzureichen. Ob diese überhaupt vertretbar ist, kann hier unberücksichtigt bleiben, da es sich um ein rein parteimässiges Gebilde handelt, das durch die Ungunst der Verhältnisse — vielleicht nur vorübergehend — zu einer Splitterpartei herabgedrückt würde.

Anders geartet ist die Frage der Ausschaltung der nationalen Minderheiten von der Vertretung in den beiden Parlamenten. An dieser Stelle ist vor einiger Zeit versucht worden, der deutschen politischen Oeffentlichkeit nachzuweisen, dass die politische Organisation der Minderheiten kein parteimässiges Gebilde ist, sondern eine nicht abzuweisende Gruppe von deutschen Staatsbürgern mit deutlich hervor-

*) Vergleichsweise sei erwähnt, dass die Deutsche Volkspartei etwa 110.600 Stimmen erhielt — also nur 3000 mehr — und dadurch 4 Mandate im bayrischen Landtag erreichte.

trehenden und politisch formulierten Sonderinteressen auf kulturellem, volkstumpolischem Gebiet. Diese Gruppe hat einen absoluten Anspruch auf die parlamentarische Vertretung im Landtag und Reichstag, sobald sie überhaupt eine relativ beachtliche Zahl von Wählern hinter sich hat und dies bei den Wahlen zum Ausdruck kommt. Es soll hier nicht über die Minimalziffer oder eine Relation überhaupt gesprochen werden, da unsere Forderung ganz allgemein darauf hingeht und auch schon wiederholt in der Öffentlichkeit und vor den Regierungen vertreten wurde, für den ersten Sitz im Reichstag wie in einem Landtag das ganze Reichsgebiet, resp. das entsprechende Landesgebiet als einen einzigen Wahlkreis aufzustellen. Dies kann und wird billigerweise jedoch nur für die Wahl des ersten Vertreters im Reichstag und des ersten Vertreters in einem Landesparlament gefordert werden können. Diese Forderung wird jetzt von den nationalen Minderheiten allgemein, von der polnischen Minderheit im besonderen erhoben. Sie stellt übrigens kein minderheitspolitisches Novum dar, wie das Vorgehen der deutschen Minderheit im dänischen Folkething beweist. Es gehört eben zu den Aufgaben einer vernunftmässigen staatlichen Minderheitenpolitik, den Minderheiten Rechte von spezifischem Gewicht zu gewähren und auf die starre und buchstabenmässige Geltendmachung des formalen Gesetzes vor allem solchen Minderheiten gegenüber zu verzichten, die auf staatsbejahendem Standpunkt loyal stehen, deren zahlenmässiges Verhältnis zum Mehrheitsvolk sich aber in jeder einzelnen Frage gegen sie auswirkt.

Im übrigen ist es ein Gebot staatspolitischer Klugheit, für den innerpolitischen Ausgleich auch auf minderheitspolitischem Gebiet zu sorgen. Wenn es noch Staaten gibt, die sich dieser Einsicht verschliessen, so kann ein demokratischer Staat, in dem die Parteien, die das demokratische Prinzip vertreten, massgebenden Einfluss haben, nicht an dem absolut richtigen Wort des tschechoslovakischen Staatspräsidenten Masaryk achtlos vorbeigehen: »Demokratie ist Diskussion«. Diese Diskussion ist auch für das minderheitspolitische Teilproblem jeder Staatspolitik unentbehrlich, sowohl als politisches Stimulans als auch als politisches Korrektiv. Das sind Binsenwahrheiten, die nur deswegen so oft wiederholt werden müssen, weil das Einfache und Selbstverständliche auch in der Politik durch das Beharrungsvermögen neuen Anforderungen gegenüber kompliziert wird.

Darüber hinaus wäre noch auf eine weitere Seite der hier behandelten Frage die Aufmerksamkeit der verantwortlichen Politiker im Reich und in Preussen zu lenken. Das

ist die Wirkung ihrer Entscheidung n a c h a u s s e n. Wenn-
gleich wir nach wie vor die Auffassung vertreten, dass die
Minderheitenpolitik ausschliesslich eine innerstaatliche An-
gelegenheit jedes Staates mit Minoritätenbevölkerung sein
und bleiben muss, so ist das heute leider immer noch vor-
wiegend nur ein Ziel, das wir in der europäischen Minder-
heitenpolitik erreicht sehen wollen. Die Praxis der meisten
Minderheitenpolitiker geht mit der Praxis der Staatenpoliti-
ker konform dahin, praktisch vergleichende Minderheiten-
politik zu treiben. Wir können deshalb nicht wünschen und
wünschen es aus grundsätzlichen Erwägungen heraus nicht,
dass die Diskrepanz zwischen unseren Wählerzahlen und
ihrer aus der minderheitspolitisch nachteiligen Wahlgeome-
trie sich ergebenden Bewertung irgendwo in der Welt Schule
zum Nachteil deutscher oder überhaupt anderer Minderhei-
ten mache. Ebenso wenig können wir aber darüber hinweg-
sehen, dass jede Entscheidung Deutschlands und Preussens
in der Frage der parlamentarischen Vertretung der Minder-
heiten von a k t u e l l e r Bedeutung werden kann und zweifel-
sohne werden wird, wobei sowohl eine negative wie eine
positive Erledigung — jede in ihrer Richtung — eine
gleichstarke Reaktion in der europäischen Minori-
tätenpolitik hervorzurufen imstande ist.

★

Es wäre ein kurzsichtiges Beginnen, wollten wir die Au-
gen vor der Tatsache verschliessen, dass der Ausgang der
Wahlen unserer volkstumpolitischen Arbeit einen schweren
und harten Schlag versetzt hat. Nicht minder verfehlt wäre
es aber, wenn der Misserfolg bei den Wahlen dazu führen
könnte, diese Arbeit aufzugeben, wovon nach übereinstim-
menden Erklärungen aller Minderheiten keine Rede sein
kann. Wenn nichts anderes, so überzeugt uns der Jubel in
der nationalistischen Presse im Reich wie auch in einigen
deutschen Minderheitsblättern über den Verlust der beiden
Landtagsmandate von der Wichtigkeit und Notwendigkeit,
minderheitspolitische Kleinarbeit trotz allen Schwierigkeiten
und Erschwernissen weiter zu leiten: »und im Unglück nun
erst recht!«

Um diese Arbeit erfolgreich zu gestalten, erscheint es
mir notwendig, sich Klarheit über die Ursachen des Stim-
menrückgangs zu verschaffen. Eine ganze Reihe deutscher
Zeitungen hat versucht, diese Ursachen darzustellen; es soll
zu diesen Pressestimmen an der besonderen hierfür vorge-
sehenen Stelle dieser Zeitschrift Stellung genommen werden.
Im Rahmen dieses Artikels können nur die eigenen Erfah-
rungen und die Ergebnisse vorgenommener Untersuchungen
sowie die Erklärungen der einzelnen Minoritäten berücksich-
tigt werden.

Die dänische Minderheit erblickt in der von ihr nach gewissen Abwanderung der Arbeiterstimmen der eigenen Volkstumsgenossen zur Sozialdemokratie die Ursache ihres starken Stimmenrückganges. Es werden also zumeist sozialpolitische Erwägungen für die Entscheidung der dänischen Arbeiterwähler massgebend gewesen sein, vielleicht auch Gründe organisatorischer oder taktischer Art, die selbstverständlich nur in den eigenen Reihen der betreffenden Minderheit diskutiert werden können.

Die Lausitzer Serben haben ihre Verluste auf die fast gar nicht funktionierende politische Organisation zurückzuführen, die dadurch aussergewöhnlich erschwert wird, dass das kulturelle — geistige und wirtschaftliche — Zentrum in Bautzen, also an der südlichsten Peripherie, liegt, während etwa $\frac{3}{5}$ aller Lausitzer Serben in der preussischen Ober- und Niederlausitz wohnen. Bei jeder öffentlichen Bekundung der Volkstumsinteressen tritt die Tatsache hindernd und alle Arbeit erschwerend in den Vordergrund, dass die Lausitzer-Serben auf zwei Länder — Sachsen und Preussen — und auf drei Verwaltungseinheiten: in Sachsen auf die Kreishauptmannschaft Bautzen (Amtshauptmannschaften Bautzen, Kamenz, Löbau), in Preussen auf die Provinz Niederschlesien (Regierungsbezirk Liegnitz, Kreise Hoyerswerda und Rothenburg) und die Provinz Brandenburg (Regierungsbezirk Frankfurt a. d. Oder, die Kreise Cottbus, Luckau, Lübben, Guben und Spremberg) aufgeteilt sind. Wahltechnisch ergibt das eine wohl von keiner Minorität in Europa erlittene, nahezu vollständige Atomisierung auf drei riesige Wahlkreise: in Sachsen: Wahlkreis Dresden-Bautzen (abgegebene gültige Stimmen: 1 024 552), in Preussen: Wahlkreis Liegnitz (abgegebene gültige Stimmen: 605 382) und Wahlkreis Frankfurt a. d. Oder (abgegebene gültige Stimmen: 819 734). Angesichts dieser Tatsachen ist jede erfolversprechende organisatorische Arbeit nahezu ausgeschlossen, da sie nur mit einem ungeheuren finanziell und personell reich ausgestatteten Apparat durchgeführt werden könnte; beides fehlt den Lausitzer-Serben, da sie fast durchgängig eine kleinbäuerliche, proletarische Minorität darstellen. Verschärft werden diese Zustände durch die volkstumpolitisch unheilvolle Uebernahme der deutschen Parteienzersplitterung in die einzelnen sozial gegliederten Gesellschaftskreise der Minderheit. Nirgends tritt so sehr das Missverhältnis zwischen der tatsächlichen Bevölkerungsstärke und ihrem wahlpolitischen Votum in den Vordergrund wie hier, ein Musterbeispiel dafür, dass Ergebnisse der Wahlen keinen Rückschluss auf nationalkulturelle und volkstumpolitische Tatzustände zulassen; wo sie gezogen werden, führen sie lediglich zu Trugschlüssen. Trotz-

dem wird aber auch die l.-serbische Minderheit die politische Arbeit nicht aufgeben können, weil diese erst reif zu politischen Entscheidungen macht. Bei den diesjährigen Wahlen haben sich die Stimmen der L.-Serben auf alle deutschen Parteien verteilt, weil die geschilderten wahlgeometrischen und verwaltungstechnischen Zustände lähmend auf ein selbständiges Vorgehen wirken, trotzdem die Erkenntnis auch bei den Massen überwiegt, dass diese Selbständigkeit der politischen Organisation das erstrebenswerte Ziel ist.

Bei der polnischen Minderheit, deren Stimmenergebnis ausschlaggebend für die Erreichung eines Landtags- und Reichstagsmandats ist, liegen die Dinge nicht minder schwierig. Die Polen haben zum preussischen Landtag in 15 Wahlkreisen, zum Reichstag in 17 Wahlkreisen gültige Wahllisten gehabt. Entscheidend aber war — wie schon immer — die Mandatsbildung im Wahlkreis Oppeln (Oberschlesien). Dort wurden bei den diesjährigen Wahlen weder die erforderlichen 40 000 Stimmen für das Landtagsmandat, noch die 60 000 für den Reichstagsvertreter erreicht. Da auch bisher kein polnischer Vertreter im Reichstag war, ist hierin eine Veränderung nicht eingetreten. Der Verlust bezieht sich auf das eine in Oberschlesien gewonnene bisherige Landtagsmandat vom Jahre 1924 und das zweite durch Verrechnung der Reststimmen erzielte des gleichen Wahljahres.

Die Zahl der polnischen Stimmen hat in diesem entscheidenden Wahlkreis um 7 139 zum preussischen Landtag (um 9 200 zum Reichstag) abgenommen; der Gewinn in anderen Kreisen, vor allem in Westfalen bleibt infolge der Bestimmungen des Wahlgesetzes wirkungslos.

Wir stehen also zunächst vor zwei Tatsachen:

Abnahme der Stimmen im vorwiegend bäuerlichen Oberschlesien und in den Grenzgebieten;

Zunahme der Stimmen im vorwiegend industriellen Westfalen.

Das widerlegt schlagend die Behauptung sozialistischer Kreise, dass die polnische industrielle Arbeiterschaft ausschliesslich in der deutschen Sozialdemokratie die einzige wirksame Vertreterin ihrer Interessen sieht. Des weiteren wird durch das westfälische Ergebnis dargetan, dass der Industriearbeiter nationalkulturelle und volkstumpolitische Interessen anders und deutlicher gegen seine sozial-materiellen abwägt, sein Kulturniveau also beträchtlich von dem bäuerlichen sich unterscheidet. Seine politische Reife bewahrt ihn auch in Bezug auf die Wahrnehmung seiner religiös-weltanschaulichen Interessen vor den Machinationen der Zentrumspartei, die katholische Gesichtspunkte in den Vordergrund schiebt, um parteipolitischer Erfolge willen, im übrigen aber eine durchaus nationalisi-

stische Partei ist und eine solche auch aus Gründen der politischen Machtentfaltung bleiben wird und bleiben muss. Ich neige zu der Ansicht, dass der polnische Wähler, der vorwiegendes Gewicht auf die Wahrung seiner katholisch-religiösen Weltanschauung legt, in der Regel der Partei seine Stimme geben wird, die er aus den Zeiten des Kulturkampfes und des nachfolgenden Zeitabschnittes als spezifisch katholische Partei im Gedächtnis hat. Dass das Zentrum von heute nicht mehr das Zentrum von damals ist, diese Erkenntnis verhindert die katholische deutsche Geistlichkeit mit allen Mitteln der Agitation und unter Zuhilfenahme sittenwidrigen Gewissenszwanges. Aus diesen Tatsachen ergibt sich ein Teil des polnischen Verlustes; die katholisch-religiös orientierte polnische Wählerschaft — das dürfte die ältere Generation der Landbevölkerung sein — entschied sich bei gleichzeitigem Auftreten einer älteren deutschen und einer jüngeren polnischen katholischen Partei für die erstere aus rein traditionellen konservativen Gesichtspunkten. Diese Entscheidung wird ausserdem noch besonders deutlich aus der Kompromisspolitik der polnischen Katholiken und ihrer Führung durch Napieralski in den letzten zwei Jahrzehnten vor dem Weltkriege erklärlich.

Als weitere Ursache des Stimmenrückganges glaube ich die Tatsache ansehen zu dürfen, dass die nationalen Minderheiten insgesamt, besonders aber auch die Führer der polnischen Minderheit die unbedingte Bejahung der staatsbürgerlichen Loyalität vertreten und propagieren. Hier wäre eine scharfe Herausarbeitung der Punkte angebracht gewesen (und ist jetzt erst recht notwendig), die unsere Opposition gegen die Politik der Regierungsparteien erklären und rechtfertigen würden. Die den breiten Massen verständlichste Politik wäre die der hemmungslosen Opposition gegen den Staat gewesen. Zu dieser Methode können und konnten sich die Führer der polnischen Minderheit nicht entschliessen, weil sie nicht — wie die Massen — Wert auf Augenblickserfolge legen, sondern die Grundlagen zu dauernden und wertbeständigen Ergebnissen bauen müssen. Der minderheitspolitisch allein richtige Grundsatz der staatsbürgerlichen Loyalität ist durch das Resultat der Wahlen nicht entwertet worden, immerhin zeigt es sich, wie schwer es ist, aus richtigen politischen Grundsätzen praktischen Nutzen für die gesamte volkstumpolitische Arbeit zu ziehen. Der Nutzniesser dieser Loyalität ist — das zeigen die Wahlergebnisse — der Staat, resp. die Parteien, die ihn regieren.

Schliesslich liegt die Ursache des Rückganges der polnischen Stimmen in Oberschlesien in der geringen Wahl-

beteiligung der polnischen Bevölkerung. Diese ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die Erinnerung an die Terrorakte des Selbstschutzes und der Fememörderorganisation gegenüber der polnischen Bevölkerung immer noch nicht erloschen ist. Von einem Terror während der Wahlvorbereitungszeit selbst kann — von lokalen Vorfällen abgesehen — keine Rede sein. Auch soll anerkennend hervorgehoben werden, dass die Opper Regierung für ausreichenden Schutz der Wahlarbeit aller Parteien — auch der polnischen — Sorge getragen hat. Aber diese behördlichen Massnahmen kamen zu spät und sie waren vor allem nicht imstande, das Misstrauen der polnischen Bevölkerung zu der Wirksamkeit der amtlichen Schutzmassnahmen restlos zu beseitigen.

*

Ueberblickt man alle diese Erscheinungen noch einmal, so ergibt sich als Totalbild einerseits, als Ursache des Verlustes der Minderheitsstimmen im allgemeinen, der polnischen Stimmen in Oberschlesien und den vorwiegend bäuerlichen Grenzprovinzen im besonderen andererseits Folgendes:

Das Votum aller Wählermassen ist nicht nach rein politischen oder nach weltanschaulichen Gesichtspunkten, sondern nach berufsständisch-wirtschaftlichen erfolgt. Von dieser Unterströmung im politischen Denken sind auch die nationalen Minderheiten erfasst worden. Ihre bürgerliche Existenz ist stark abhängig von der Entwicklung der Sozialpolitik, an der die proletarisierten Arbeiterwähler interessiert sind, und von der Finanz- und Steuerpolitik, die ausschlaggebende Bedeutung für die kleinbäuerlichen Massen der Minderheitswähler hat.

Soweit die Minderheitenwähler sich nach politischen Weltanschauungsfragen orientiert haben, ist ihre Stimme den minderheitspolitischen Organisationen, resp. Wahlvorschlägen gegeben worden; die religiös-weltanschauliche Richtung, gepaart mit traditionellem Konservatismus, ist wahrscheinlich zur Zentrumsparthei geleitet worden. Was sonst noch an Wählern verblieben ist, ist zweifelsohne der radikalsten politischen und wirtschaftlichen Parole nachgeströmt.

Die Rechtlosigkeit in der staatlichen Minderheitenpolitik des Deutschen Reichs resp. Preussens hat breite Massen der Minderheitsbevölkerung mutlos gemacht und ihren Kampfwillen geschwächt. Die wenigen Zugeständnisse, die der Regierung erst nach ermüdenden Kämpfen abgerungen werden konnten, und die vielfach von den ausführenden subalternen Instanzen sabotiert, in ihr Gegenteil verkehrt oder aber auch erst wieder nach heftigen aufrei-

benden Kämpfen endlich respektiert wurden, haben jetzt bei den Wahlen Ergebnisse gezeigt, die die Regierung und die Regierungsparteien als einen Erfolg ihrer Politik bezeichnen. Dieser »Erfolg« läuft praktisch auf die erst kürzlich von dem deutschen Reichsvertreter im Völkerbund v. Schubert beurteilte Auffassung Politis' und Mello Francos über die Notwendigkeit der Assimilation der Minderheiten hinaus.

Aus diesen Vorgängen werden die einzelnen Minderheiten Folgerungen zu ziehen haben, die unabweisbar sind. Es kann jedoch kein Zweifel darüber bestehen, dass neben der rein politischen Arbeit die volkstumpolitische über das Ideelle hinaus erweitert, die ideelle Arbeit aber noch weiter vertieft werden muss. Es hiesse den Wert der parlamentarischen Möglichkeiten — so stark ihr Gewicht und so wünschenswert ihr Besitz an sich sind — überschätzen, wollten wir auf die Verwirklichung unserer minderheitspolitischen Ziele nur um eines Parlamentsmandats willen verzichten: Non navigare sed vivere necesse est!

Der 20. Mai.

Von J. Bogensee, Flensburg.

Die nationalen Minderheiten Deutschlands haben ihren Wahlkampf diesmal unter den schwierigsten Umständen führen müssen. Das wesentlichste Moment dieser Schwierigkeiten ist sicher darin zu suchen, dass die Minderheitenbevölkerungen in der deutschen Republik in steigendem Grade in den Kampf um die Konsolidierung des Staates und des republikanischen Gedankens hineingezogen worden sind, und in einem derartigen Grade an der Stabilisierung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse interessiert sind, dass sich das in einem so bedauerlichen Grade in dem stetigen Rückgang ihrer eigenen Stimmen auswirkt. Eine gewisse Begünstigung haben diese Gedankengänge einer aktiven Mitwirkung an den innerpolitischen Verhältnissen Deutschlands noch dadurch erfahren, dass die Minderheitenbewegung in Deutschland nach dem Kriege absolut pro-staatlich eingestellt, nur auf die Erlangung ihrer nationalkulturellen Rechte bedacht ist, und dass ihr jegliche revionistisch-protestlerische politische Note fehlt. Dass ein solches Programm Stimmverlust bedeuten muss, in so tief eingreifenden politischen und sozialen Kampfperioden, wie sie Deutschland nach dem Kriege erlebt hat und noch erlebt, ist ohne weiteres einleuchtend. Das braucht durchaus keine dauernde Erscheinung zu sein, und es wäre daher sicher falsch, würde man in minderheitfeindlichen

Kreisen nun aus dem letzten Wahlergebnis den Schluss zu ziehen, dass die aufgeführten Zahlen sich mit der tatsächlichen Stärke der Minderheiten decken, und dass deshalb in absehbarer Zeit bei einer fortlaufenden Entwicklung in dieser Richtung mit dem völligen Untergang der fremdnationalen Bevölkerungen im deutschen Reich zu rechnen sei. Nichts wäre falscher, denn neben dem politischen kommt in unserer Zeit dem kulturellen Einsatz einer nationalen Minderheit die weit grössere Bedeutung zu. Es ist ohne weiteres einleuchtend, dass es für diejenigen nationalen Bewegungen leichter ist, sich in politischer Hinsicht zu behaupten, ja, in Niedergangszeiten des Herbergstaates sogar Fortschritte zu verzeichnen, die den bestehenden Zustand nicht anerkennen und ihren Angehörigen ein politisches Ziel und die Hoffnung auf Grenzveränderungen bieten. Die nationalen Minderheiten Deutschlands werden auf Grund des letzten Wahlergebnisses deshalb jedoch nicht ihre Signale ändern, weil einmal ihre Führer von der Richtigkeit der Marschroute überzeugt sind und weil die Minderheitenbewegung in Deutschland sich damit zum Träger einer Idee und zum Vorkämpfer einer neuen Ethik in der Nationalitätenpolitik Europas nach dem Kriege gemacht hat, und dann selbstverständlich auch deshalb, weil ihre Verhältnisse eine solche Politik bedingen.

Für die verantwortliche deutsche Staatsleitung, ganz besonders aber für die aus diesen Wahlen hervorgehende deutsche und preussische Regierung, müsste sich deshalb aber aus dieser Sachlage auch die logische Konsequenz ergeben, die berechtigten Wünsche der nationalen Minderheiten nunmehr voll und ganz zu erfüllen und vor allem dafür Sorge zu tragen, dass den Minderheiten die Möglichkeit einer parlamentarischen Vertretung gegeben wird. Die Bedeutung dessen, wo es sich im Augenblick darum handelt, überhaupt erst einmal ein einheitliches Minderheitenrecht für das Gebiet des deutschen Reiches zu schaffen, braucht nicht näher erläutert zu werden. Eine parlamentarische Vertretung würde aber auch darüber hinaus ständigen praktischen Wert besitzen, ja eine direkte Notwendigkeit sein, weil dadurch am einfachsten eine Verbindung zwischen Regierung und Minderheit geschaffen wird, die reibungslose Verhältnisse herbeiführen und befestigen kann.

Die nationalen Minderheiten Deutschlands aber brauchen sich durch das Ergebnis der letzten Wahlen durchaus nicht entmutigen zu lassen und daraus nicht den Schluss zu ziehen, dass die Grundlage ihrer Arbeit falsch ist. Wohl ist das Wahlergebnis und der Verlust der Mandate im preussischen Landtag überaus schmerzlich und ein ernster Ansporn zu erneuter und verdoppelter Kraftentfaltung im Kampfe für

die nationale Existenz. Und das Ziel muss bleiben, innere Erstarkung der Minderheiten und Stählung des nationalen Willens zur Selbstbehauptung. Der Gedanke muss in der Masse der Minderheitenbevölkerungen lebendig werden — mehr als bisher —, dass man nur selbst sein Schicksal meistern kann und seine Zukunft nicht ausschliesslich auf das Wohlwollen anderer bauen darf. Das letzte würde der langsame nationale Untergang sein. Aber soviel darf wohl auf Grund des hier über die Ursachen des Rückgangs der nationalen Minderheiten bei den letzten Wahlen erwartet werden, dass alle gleichgerichteten Kreise des deutschen Volkes, die für friedlichen Ausgleich in den nationalen Problemen sind, sich nunmehr mit aller Kraft dafür einsetzen werden, dass das vom preussischen und deutschen Staat durch die Verzögerung der Gewährung von Minderheitenrechten geübte Unrecht und die noch bestehenden Einschränkungen, wo ein gewisses partielles Recht gewährt ist, aufhören, und dass aus dem Ergebnis des 20. Mai positive Resultate für die nationalen Minderheiten Deutschlands hervorgehen. Die Situation ist günstiger als je — man benutze sie!

Deutschtumstagungen.

Die Pfingsttagungen in Essen und Gmunden.

Die beiden grossen Deutschtumsorganisationen »Deutscher Schutzbund« und »Verein für das Deutschtum im Auslande« hielten — wie alljährlich — auch in diesem Jahre in der Pfingstzeit ihre Hauptversammlung ab; der »Deutsche Schutzbund« tagte in der Woche vor Pfingsten in Essen, der »Verein für das Deutschtum im Auslande« einschliesslich des »Deutschen Schulvereins« in Gmunden (Oesterreich).

Die Essener Schutzbundtagung wurde am 21. Mai durch einen Rheinlandsvortrag des Duisburger Oberbürgermeisters und ehemaligen Reichsministers Dr. Jarres eingeleitet. Am 22. Mai eröffnete der »Schutzbundvorstand« Dr. von Loesch die eigentliche Tagung in Essen mit einem Vortrag »Ziele und Wege deutscher Volkstumsarbeit«. Sowohl in seiner Duisburger sowie auch Essener Rede traten zwei programmatische Punkte des »Deutschen Schutzbundes« in den Vordergrund: »Pflege des Gemeinschaftsgefühls zwischen allen Deutschen«, und »Schutz der bedrohten Grenze und der deutschen Volksgenossen jenseits der Reichsgrenzen. Dieses Programm ist nichts Neues, denn es besteht schon seit Gründung des Bundes vor

acht Jahren. — Aus dem Geschäftsbericht ging hervor, dass gegenwärtig 121 Vereine, Verbände und Organisationen dem Schutzbund angehören, der damit die Dachorganisation aller derartiger Deutschumsvereine darstellt. Als Ziel der Schutzbundarbeit würde die Stärkung und Gesundung des Deutschums jenseits der Grenze deutscher Staaten und auch innerhalb der Grenzen bezeichnet. Vom minderheitspolitischen Interesse ist die Stellungnahme zum Problem: Staat und Volkstum. Es wurde zum Ausdruck gebracht, dass alle Einzelarbeit solange erfolglos bleiben müsse und werde, solange es möglich ist, Volkstumsrechte durch Gewaltakte oder formale Mehrheitsbeschlüsse zum Verschwinden zu bringen. Erst wenn über die Grundsätze einer gerechten Lösung der Probleme von Staat und Volkstum Klarheit bestehen werde, wird man auch eine Lösung finden, die zu einem Angleich zwischen Staat und Volk, aber auch zwischen den Völkern Europas führen und damit zu einer Neuordnung Europas die Wege weisen werde.

Ausser v. Loesch sprachen auf der Tagung noch Freiherr von Gayl-Ostpreussen, Prof. Koenig-Giessen, Frau Reichstagsabgeordnete Weber und Hofrat Dr. Giannoni-Wien. v. Gayl forderte für die deutschen Minderheiten wirkliches Minderheitenrecht und Stärkung einer zielklaren deutschen Ostpolitik. Dr. Giannoni bezeichnete als sittliche Forderung jedes Volkes: die Schaffung des Volksstaates für ein geschlossenes Siedlungsgebiet, die kulturelle Autonomie für alle räumlich mit dem Staat nicht zusammenhängenden Volksteile in fremden Staaten. Die Methoden der volksdeutschen Kulturarbeit werden durch diese Gesichtspunkte berührt; diese Arbeit soll in der Kulturpolitik gegenüber fremden Völkern bestehen und der Geltung deutscher Sprache, Art und Arbeit Vorschub leisten, sich aber von dem Schein eines Kulturimperialismus freihalten.

Aus allen diesen Aeusserungen geht hervor, dass der »Schutzbund« nicht in der Wahrung berechtigter Volkstumsinteressen allein seine Aufgabe erblickt, sondern auch auf Vorschubleistung zur Geltendmachung deutscher Sprache und Art unter fremden Völkern ausgeht. Es kann kein Zweifel bestehen, dass er mit solchem Programm gerade das Gegenteil von dem erreichen wird, was Dr. von Loesch als erstrebenswertes Ziel: »Ausgleich der Völker Europas«, bezeichnet. Auch wenn der »Schein« eines Kulturimperialismus vermieden werden sollte, wird niemand den deklaratorischen Wert der Giannonischen Rede verkennen. Solange der »Schutzbund« dieses Programm beibehält, wird er kaum dem deutschen Minderheitenvolkstum einen Dienst erweisen können. Denn der »Ausgleich« zwischen Staat und Volk und zwischen den Völkern Europas

kann nicht zustande kommen, wenn die Wahrnehmung durchaus berechtigter deutscher Volkstumsinteressen verbunden und gleichgesetzt wird mit einem Angriff auf fremdes Volkstum und sei es auch mit »zivilisatorischen Mitteln«. Es ist eine nahezu tragisch anmutende Selbsttäuschung der deutschen Kulturpolitiker, dass sie die Ablehnung ihrer Methoden durch andere Völker nicht zu erkennen vermögen. Wer aufmerksam das Geschehen um sich beobachtet, wird sagen dürfen, dass ein nicht geringer Teil der europäischen Völker — und zwar nicht erst heute — bereit war und ist, den deutschen Kulturmenschen als »primus inter pares« anzuerkennen. Aber ebenso klar erkennbar ist, dass der deutsche Anspruch auf zivilisatorische oder kulturelle Expansion, wie ihn der »Schutzbund« vertritt, niemals schärfere Ablehnung unter allen europäischen Völkern gefunden hat, wie gegenwärtig. In gewisser Hinsicht sind alle diese Tagungen mit ihrem Wortgepränge schwarze Tage für das deutsche Minderheitenvolkstum. Mehr zu sagen, ist an dieser Stelle nicht möglich, da wir weder die Aufgabe noch die Absicht haben können, diese Minderheiten vor ihrem Schutzbund zu schützen.

*

Im Anschluss an die Essener Schutzbundtagung hielt der »Verein für das Deutschtum im Auslande« seine 47. Jahresversammlung in Gmunden ab. Der Verein, dem auch der »Deutsche Schulverein« mit ähnlichen Organisationen in Oesterreich (Schulverein »Südmark« u. a.) angeschlossen ist, zählt nach seinen eigenen Angaben in 6557 Orts- und Schulgruppen etwa 2 Millionen Mitglieder.

Der »Verein für das Deutschtum im Auslande« wird allgemein als unpolitischer Verein bezeichnet, und vielerorts — auch im Auslande — ist die Meinung vertreten, dass er im Wesentlichen volkstumpolitische und nationalkulturelle Ziele verfolgt. Wie jede der bisherigen Tagungen hat aber auch die diesjährige nicht wenige Fragen von ausserordentlichem politischen Gewicht auf der Tagesordnung. So sprach z. B. der Wiener Universitätsprofessor Dr. Eibl über »das gemeinsame Schicksal des reichsdeutschen und österreichischen Volkes im europäischen Raume«, eine Formulierung, die weder historisch richtig noch gegenwartspolitisch zutreffend ist. Der deutschdemokratische Reichstagsabgeordnete Dietrich-Konstanz hielt in der Studentengruppe der Gmundener Tagung einen Vortrag über die Anschlussfrage, deren Lösung im grossdeutschen Sinne er fast ausschliesslich mit wirtschaftlichen Argumenten vertrat. Ein weiterer österreichischer Redner, Universitätsprofessor Dr. Hugelmann-Wien behandelte

das Problem der deutschen Minderheiten. Die Deutschen, um die es sich dabei handle, seien die in Randgebieten des geschlossenen deutschen Siedlungsraumes (deutscher Volksboden!) in Mitteleuropa wohnenden, die man ohne Plebiszit einer fremden Herrschaft untertan gemacht habe. Er vertrat die Forderung, dass diesen Deutschen das Selbstbestimmungsrecht zu gewähren sei, ohne das es keine europabefriedigende Lösung gäbe. Schliesslich sprach noch der Präsident der deutschen Schulvereine in Oesterreich Dr. Gross-Wien zur Südtirolfrage, über die der Verein gemeinsam mit dem »Deutschen Schutzbund« die notwendige Aufklärung zu verbreiten suche. Seinen Tätigkeitsbericht schloss er mit dem Hinweis darauf, dass das letzte Ziel aller Arbeit »der Anschluss an das grosse Deutsche Reich« sei.

Der Sinn und die Aufgabe der Tagung war also in bedeutendem Umfange auf politische Zweckarbeit abgestimmt. Dies wird bestätigt nicht zuletzt auch durch eine kritische Aeusserung der »Frankfurter Zeitung«, die wörtlich sagt: »Erst die deutsche Republik, die nach innen nicht bestehen kann, ohne volkstümlich zu sein, der nach aussen keine andere Politik möglich ist, als die des Rechts, hat bewusst das Volkstum ausserhalb der Landesgrenzen als Faktor in die politische Rechnung gestellt.«

Wie aus den Ausführungen Dr. Hugelmanns hervorgeht, hat man sich auch mit dem Minderheitenproblem beschäftigt; auch waren zahlreiche Vertreter deutscher Minderheiten mit dem Vorsitzenden der deutschen Minderheitengruppen in Europa, Rudolf Brandtsch-Rumänien, an der Tagung beteiligt.

Unter welchen Gesichtspunkten das Minderheitenproblem behandelt wurde, geht aus einem Bericht der »Frankfurter Zeitung« (12. Juni) hervor, dem wir folgenden, charakteristischen Abschnitt entnehmen:

»Der Kampf um die Erhaltung des Deutschtums ist ein gewaltiges und verwickeltes Problem; guter Wille und Arbeitseifer allein genügen nicht. Zu welch zähem Gestrüpp sich Aufgaben und Widerstände durcheinanderschlingen, wurde in jedem Tagungsabschnitt aufs neue offenbar. Man sprach zum Beispiel über die in Deutschland wohnenden nationalen Minderheiten. Es war der Geist der nationalen Enge des früheren Staates, wenn Redner verlangten, daß das heutige zerschnittene deutsche Staatsgebiet wenigstens nur von deutschen Menschen bewohnt werde. Man wies darauf hin, daß als Erfolg der bisherigen Politik bei jeder Wahl die Zahl der Minderheitsstimmen kleiner geworden sei. Sämtliche Sprecher des Auslandsdeutschtums protestierten. Die deutschen Minderheiten fremder Länder könnten erst dann mit Erfolg auf ihren Rechten bestehen, wenn den Minderheiten in Deutschland gleichfalls ihr Recht werde. Ein Redner aus Polen betonte, daß man sich unter Berufung auf deutsches Entgegenkommen erfolgreich an den Völ-

kerbund gewandt habe, und man dankte Preußen und Kärnten, daß sie durch Entgegenkommen gegen ihre Minderheiten den Deutschen anderer Länder den Weg zur Kulturautonomie geebnet hätten. Das schlagendste Argument war: wie klein ist die Zahl der Minderheiten in Deutschland gegenüber der Zahl der Deutschen, die im Auslande als Minderheiten leben müssen! Und es fiel das schöne Wort: Siegen wird das Volk, das mit der neuen Idee der Zusammenarbeit der Nationen vorangeht.«

Es erübrigt sich für uns, hierzu mehr zu sagen als folgendes:

Es gibt in Deutschland kein Minderheitenrecht mit Ausnahme einer ministeriellen Verordnung für die Dänen in Schleswig.

Die Innenpolitik Deutschlands ist zielbewußt und eingeständenermassen auf vollständige Assimilation eingestellt.

Die deutschen Minderheitenführer erkennen immer deutlicher die Gefahr, die dem deutschen Volkstum in anderen Staaten als Konsequenz dieser Tatsachen droht; auch wir werden die Konsequenzen daraus zu ziehen haben.

Die beiden Tagungen der grossen Deutschtumsverbände haben erneut gezeigt, wie die Interessen des Mutterstaates mit denen der deutschen Minderheiten gepaart werden. Das Losungswort ist Volkstumspolitik, der eigentliche Kampf aber geht um europäisch-politische und weltpolitische Geltung.

— j. s. —

Berichte.

Die dänische Minderheit im Wahlkampf. Die dänische Minderheit hat unter den gleichen Schwierigkeiten zu leiden gehabt wie die übrigen nationalen Minderheiten in Deutschland. Der Rückgang in der Stimmzahl hat hier ebenfalls in der Hauptsache wirtschaftliche und soziale Hintergründe, und es ist seitens der deutschen Parteien ein rücksichtsloser Kampf gegen die Minderheitenliste geführt worden. Die Stimmzahl der dänischen Minderheit ist bei der letzten Wahl auf ungefähr die Hälfte der bei den Wahlen am 7. Dezember 1924 abgegebenen Stimmen herabgedrückt. Das dänische Stimmenverhältnis zeigt nach der Abstimmung im Jahre 1920 in dem bei Deutschland verbliebenen Teil von Schleswig eine aufsteigende und eine absteigende Linie, die am besten durch folgende Aufstellung veranschaulicht wird:

Dänische Stimmen:	1921	1924		1928
		4. Mai	7. Dez.	
Flensburg Stadt	3669	4253	3396	1646
Flensburg Landkreis	633	917	668	347
Kreis Südtondern	362	458	293	89
» Schleswig	42	547	381	123
» Husum	15	88	41	14
» Eiderstedt	3	132	45	4
» Eckernförde	—	49	12	10
» Rendsburg	6	59	59	12

Bei den Wahlergebnissen des 20. Mai in diesem Jahre muß allerdings noch berücksichtigt werden, daß 282 Stimmen auf die Liste der friesischen Minderheit abgegeben wurden, die in den Wahlergebnissen der Jahre 1921 und 1924 mit auf der dänischen Liste auftraten, da die Friesen in den Jahren keine eigene Liste aufgestellt hatten und ihre Stimme der dänischen Liste gaben, auf der auch friesischen Kandidaten vertreten waren. Es liegt klar auf der Hand, daß ein so starker Rückgang, der sogar die Stimmenzahl unter das Wahlergebnis von 1921 senkt, wo die dänische Bevölkerung im Zeichen der größten nationalen Entmutigung und unter dem Eindruck des verlorenen Abstimmungskampfes an die Wahlurne ging, sich nicht mit den tatsächlichen nationalen Verhältnissen in diesem Minderheitengebiet deckt. Deshalb ist von der dänischen Presse auch darauf hingewiesen worden, daß ein solches unnatürliches Sinken der dänischen Stimmen im Grunde weniger beängstigend sei als ein langsamer, stetiger Rückgang, weil dadurch der Schluß nahe gelegt wird, daß besondere Gründe für einen solchen Rückgang vorgelegen haben müssen. Trotzdem sind die Kommentare der dänischen Presse von der größten Besorgnis im Hinblick auf die Zukunft geprägt, und man verhehlt sich nicht, welche Gefahren dieses Wahlergebnis in sich birgt. Definitive Schlüsse werden jedoch noch nicht gezogen, da man zunächst einmal die Kommunalwahlen im Herbst abwarten will, für die ein bedeutend besseres Ergebnis erwartet werden kann, weil die dänischen Vertreter namentlich in der Stadt Flensburg, wo eine starke dänische Fraktion eine kluge und taktisch wohlüberlegte Politik geführt hat, sich Ansehen in weitesten Kreisen verschafft haben.

Zu einer gewissen Probe auf das Exempel gestaltete sich auch schon die diesjährige dänische Jahresversammlung, die am 3. Juni, also sehr kurz nach den Wahlen stattfand. Sogar die deutsche Presse (auch die nationalistischen Blätter) mußte zugestehen, daß diese alljährliche große Veranstaltung der dänischen Minderheit ein ganz anderes Bild von ihrer wirklichen inneren Stärke gezeigt habe und daß die nationale Widerstandskraft der dänischen Bevölkerung in Wirklichkeit ungebrochen sei. Die Teilnehmerzahl an der grossen Freiluftversammlung vor den Toren der Stadt Flensburg wurde auf 4—5000 geschätzt (es wurde sogar der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die diesjährige Veranstaltung alle bisherigen in der Teilnehmerzahl übertreffe), und wenn auch ein Teil der Besucher aus Reichsdänemark erschienen war, um der dänischen Minderheit ihre Sympathie und Unterstützung trotz der erlittenen Wahlniederlage zum Ausdruck zu bringen, so steht doch unumstößlich fest, daß ein nicht unwesentlicher Teil jener Bevölkerungskreise, die am 20. Mai ihre Stimmen den deutschen Parteien gaben, sich an dieser dänischen nationalen Demonstration beteiligte und dadurch den Willen kundgab, sich auch weiterhin zur Minderheit zu rechnen. Diese Tatsache hat sogar zu Erwägungen Anlaß gegeben, ob nicht dieser nicht unwesentliche Teil der dänischen Minderheitsbevölkerung dadurch habe zum Ausdruck bringen wollen, daß er gewillt sei, einen kulturellen nationalen Kampf ohne politisches Bekenntnis zu führen. Selbst wenn man

die Bedeutung einer solchen öffentlichen Demonstration nicht überschätzen will, so darf doch festgestellt werden, daß die dänische Jahresversammlung in diesem Jahre in gewissem Sinne das Wahlresultat aufhob oder korrigierte und den Beweis dafür führte, daß man die Minderheit nicht allein nach dem Wahlresultat beurteilen darf und nicht beurteilen kann.

*

Die dänische Presse schreibt im Anschluß an das Wahlresultat, das von den nationalen Minderheiten in Deutschland in ihrer Gesamtheit erzielt wurde, und mit Bezug auf die Eingabe des polnischen Generalsekretariats an den deutschen Reichskanzler, in der die Forderung auf Zugestehung einer parlamentarischen Vertretung erhoben wurde: »Diese Forderung wird ein bedeutungsvoller Prüfstein für Deutschlands Haltung in der Minderheitenfrage sein, da die deutschen Minderheitenvertreter auf den Minderheitenkonferenzen in Genf ja selbst daran mitgewirkt haben, eine Basis für diese Forderung zu schaffen. Wir erinnern ja noch sehr gut, wie Pastor Schmidt im dänischen Reichstag eine Ausnahmestellung für die deutsche Minderheit in Nordschleswig verlangt hat in dem Fall, daß eine Aenderung des dänischen Wahlgesetzes vorgenommen werden sollte. Man wird deshalb mit Interesse abwarten, wie man sich in Deutschland zu der polnischen Forderung stellen wird.« Im übrigen hat Pastor Schmidt, der Vertreter der deutschen Minderheit bei den Minderheitenkonferenzen in Genf, bereits persönlich in der Öffentlichkeit zu der Frage Stellung genommen und im Prinzip die Berechtigung der nationalen Minderheiten in Deutschland auf eine parlamentarische Vertretung anerkannt, auch wenn das eine Aenderung des bestehenden Wahlgesetzes zu Gunsten der Minderheiten zur Folge haben müßte.

Grenzfondhilfe für das katholische Domstift in Bautzen. Wie hier seinerzeit berichtet wurde, haben sich vor allem der sächsische Gesandte in Berlin Dr. Gradnauer (Sozialdemokrat) und der Münsterische Prälat und Universitätsprofessor Dr. Schreiber (Zentrum) im Reichstag für die Ueberweisung von 3 Millionen Mark »zur Bekämpfung der tschechischen Umtriebe und Propaganda in der wendischen Lausitz« eingesetzt. Tatsächlich hat Sachsen dann auch aus Reichsmitteln (Grenzfond) 2½ Millionen Mark erhalten. Ueber die Verwendung dieser Reichsgelder wurde jedoch amtlich geschwiegen, sodaß sich die sächsisch-sozialdemokratische Landtagsfraktion — wie »Serbske Nowiny« berichten — zu einer diesbezüglichen Anfrage an die sächsische Regierung veranlaßt sah. Darin wird gesagt, daß sich die Einwohnerschaft der sächsischen Grenzbezirke lebhaft dafür interessiere, zu welchen Zwecken Sachsen diese Reichsmittel verwendet. Der Landtag wird zum Beschluß aufgefordert, von der Regierung einen detaillierten Bericht über die Verwendung der Gelder zu fordern. Im Zusammenhang mit dieser Anfrage berichtete die demokratische »Zittauer Morgenzeitung«, daß dem katholischen Domstift in Bautzen 30.000 Mark aus dem Grenzfond überwiesen wurden; ferner soll auch das städtische Museum in Bautzen 150.000 Mark er-

halten haben, worüber bereits in der lokalen Presse eine lebhaft e Auseinandersetzung stattgefunden hat.

Das Domstift — richtiger: das bischöfliche Ordinariat — in Bautzen hat nun diese Nachricht dementiert, ohne jedoch nähere Angaben zu machen. Es besteht die große Wahrscheinlichkeit, daß es sich scheid, den Empfang des Geldes zuzugeben, weil die Zuweisung eines solchen Betrages unter Berücksichtigung der Zwecke, mit denen Dr. Gradnauer, Krätzig und Prälat Schreiber seinerzeit die Bewilligung der Grenzlandhilfe für Sachsen begründet haben, Aufsehen erregen muß. Der deutschnationale Bischof Dr. Schreiber hat es seinerzeit für richtig und gut gehalten, den Präsidenten der tschechoslowakischen Republik um eine geldliche Unterstützung für sein Seminar in Schmochitz zu bitten und hat für diesen Zweck etwa 400.000 tschechische Kronen — 50.000 Reichsmark — erhalten. Diese Tatsache hat Herr Bischof Dr. Schreiber bisher nicht zu dementieren gewagt; hoffentlich wird die Antwort der Regierung auf die sozialdemokratische Anfrage auch bezüglich seiner Ablehnung des Empfanges von 30.000 Mark, die er zur »Abwendung der tschechischen Propaganda« — die aber nur in der Angst- und Wahnvorstellung der sächsischen Abteilung der Reichszentrale für Heimatdienst existiert — erhalten hat, Aufklärung bringen.

Es kann nicht oft genug auf die merkwürdigen Praktiken dieses katholischen Bischofs hingewiesen werden. Es sei in diesem Zusammenhange darauf hingewiesen, daß Herr Bischof Dr. Schreiber seinerzeit in Prag sich verpflichtet hat, für einen ausreichenden Nachwuchs sprachlich qualifizierter Geistlichen für die tschechische katholische Diaspora im neuen Bistum Meissen (Freistaat Sachsen und die sogenannten Erblände in Thüringen) Sorge zu tragen. Ausserdem hat Herr Dr. Schreiber das Gleiche auch für die Pastorisation der Lausitzer Serben und Polen in seiner Diözese zugesagt. Wie dieses Versprechen gehalten wird, geht aus einer uns soeben zugegangenen Broschüre hervor.*)

Angesichts der zahlreichen mißglückten Finanzoperationen des Ordinariats (Barmataffaire und im Zusammenhang damit der Fall Burtcher) ist es erklärlich, daß man Geld von allen Seiten nimmt und wohl auch nehmen muß; ist doch die vor kurzem beendete Amerika-reise des Herrn Bischofs Dr. Schreiber fast ausschließlich der Beschaffung von Geldmitteln für seine nationalistischen Zwecke dienstbar gemacht worden. Immerhin wird mit Recht von den katholischen Lausitzer Serben der Gesichtspunkt geltend gemacht, daß dabei nicht der Grundsatz »non olet« vorherrschend sein kann und nicht sein müßte, wenn eine zweckmäßige Verwaltung in allen wirtschaftlichen Fragen geschaffen werden würde.

Es ist möglich, daß das bischöfliche Ordinariat auch diese Darstellung zu dementieren versuchen wird. Da wir uns nur an Tatsachen

*) »Der sächsische Bischof Dr. Schreiber und die katholischen Wenden (Lausitzer Serben). Bautzen 1928. — Die Broschüre wird hier demnächst besprochen werden.

halten können, ist eine Aufklärung mit blossen Ablehnungen und Behauptungen seitens des bischöflichen Ordinariats in Bautzen ausgeschlossen; anderseits kann es uns im Interesse einer Beruhigung der öffentlichen Meinung nur erwünscht sein, daß es dem Herrn Bischof Dr. Schreiber gelingen werde, seine und seines Ordinariats Maßnahmen und Methoden zu rechtfertigen. Solange er jedoch nicht als oberster Seelsorger aller seiner Diözesanen — dazu gehören auch die katholischen Lausitzer Serben (Wenden) — sondern vorwiegend als deutscher Nationalist und Alldeutscher auftritt, zwingt er uns, ihn als Minderheitenfeind mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen.

Die Minderheiten in den Fremdstaaten.

ČECHOSLOVAKEI.

Deutscher Kulturverband. In den Pfingsttagen hielt der »Deutsche Kulturverband« (ehemals »Deutscher Schulverein«), der größte deutsche Schutzverein in der Čechoslovakei, seine 9. Hauptversammlung ab. Den Berichten sei folgendes entnommen: Neue Ortsgruppen des Verbandes wurden 134 gegründet, so daß der Verband derzeit 2300 Ortsgruppen besitzt. Die Gesamteinnahmen des Verbandes betragen im letzten Jahr über 6,7 Millionen čechische Kronen, was gegen das Vorjahr einen Zuwachs von fast 1,7 Millionen bedeutet. Dementsprechend stiegen auch die Ausgaben. Diese erstreckten sich auf die erhöhte Schulschutztätigkeit einschließlich der Neubauten. Aber auch im abgelaufenen Jahr erwiesen sich die aufgebrachten Mittel als unzureichend. Im verflossenen Jahr errichtete der Verband 6 neue Privatschulen, was eine neue dauernde Belastung von über 100 000 Kronen jährlich bedeutet. In zwei Orten wurde die Errichtung öffentlicher Schulen durchgesetzt, in 9 Orten mußte der kostspielige Privatunterricht von Haus zu Haus durchgeführt werden, in 7 Orten wurde er eingeführt. Eröffnet wurden 8 Kindergärten und 4 neue Kindergartengebäude. In 80 Fällen wurden Beiträge zur Errichtung und Erhaltung von Kindergärten gewährt. Hierzu kamen noch weitgehende Unterstützungen verschiedenster Art, und zwar für Lehrmittel, Suppenanstalten, Bekleidung, Verpflegung, für Fortbildungs- und Familienschulen, Studienunterstützungen usw. Ende 1927 erhielt der Kulturverband insgesamt 29 eigene Schulen mit 40 Klassen und 97 Kindergärten mit 104 Abteilungen. In 17 Orten wurde Privatunterricht erteilt. Für Schulzwecke wurden rund 5 Millionen Kronen ausgegeben, für sonstige Kultur- und Bildungsarbeit 410 000 Kronen. Von den Kindern, welche die Anstalten des Verbandes besuchten, gehörten 54½ Prozent dem Arbeiterstande an, 13 Prozent waren Kinder von Beamten, über 10 Prozent von Kleinhäuslern, 9,4 Prozent von Bauern, 12,5 Prozent von Gewerbetreibenden und nur ½ Prozent von Industriellen, großen Grundbesitzern usw. Die Wanderlehrer hielten in den bereisten

Ortsgruppen fast 1000 Vorträge. Die Lichtbilder-Leihstelle des Verbandes ermöglichte in den 7 letzten Monaten die Abhaltung von 900 Vortragsreihen. (Pos. Tagbl.)

JUGOSLAVIEN.

Die deutsche Völkerbundliga. Bekanntlich gründete im Juli v. J. der Arzt Dr. Morocutti eine deutsche Völkerbundliga für Slovenien. Mit Zustimmung der Behörden und in Anwesenheit eines Regierungsvertreters erfolgte der Gründungsakt in Maribor, während gleichzeitig die Satzungen dem Innenministerium zur Genehmigung eingereicht wurden. Das Statut selbst war Wort für Wort den Satzungen der deutschen Völkerbundliga in der Čechoslovakei nachgebildet. Da die Antwort des Ministeriums nicht sogleich erfolgte, faßte die Liga das Schweigen der Regierung als Zustimmung auf und begann 4 Wochen nach dem Antrage mit ihrer Tätigkeit. Wider Erwarten versagte das Innenministerium die Genehmigung, worauf die deutsche In- und Auslandspresse sowie die deutschen Minderheiten vielfach in längeren Kommentaren ihrer heftigsten Empörung Ausdruck gaben. Inzwischen stellte es sich heraus, daß lediglich aus Bedenken formal-juristischer Art die Satzungen abgelehnt wurden. In seinem Bescheid an die deutsche Minderheit gab der Innenminister, wie das »Berliner Tageblatt« berichtet, zu erkennen, daß der Bildung einer deutschen Liga, die das ganze jugoslawische Staatsgebiet umfasse, nichts im Wege stände. Daraufhin wurde sofort in Beograd die Gründung der Deutschen Völkerbundliga für Jugoslawien vorgenommen. In der Gründungsversammlung wurde der deutsche Skupštinaabgeordnete Dr. Kraft zum Vorsitzenden gewählt. In Zukunft dürfte wohl der neuen Liga keine Schwierigkeiten behördlicherseits erwachsen, da der Ministerpräsident selbst durch seine Zusage die Genehmigung sichergestellt hat. Wer indeß in den letzten Wochen den deutschen Pressefeldzug gegen Jugoslawien, das in Uebertreibungen und mit Beschuldigungen aller Art dieser »unerhörten Unterdrückung der deutschen Minderheit« befallen wurde, beobachtet hat, wird die Berechtigung des in der »Kulturwehr« bei einem anderen Fall ausgesprochenen allgemeinen Erfahrungsgrundsatzes anerkennen müssen, daß es im Bestreben des Grenz- und Auslandsdeutschtums liegt, gern des Guten zu viel zu tun und die europäische Oeffentlichkeit über beständige drakonische Unterdrückungen im Dienst der guten Sache irre zu führen, wenn sie auch jeglicher Grundlage entbehren.

Pressestimmen

zu den Ergebnissen der Wahlen vom 20. Mai 1928.

Prager Presse (1. Juni) schreibt unter dem Titel: »Ein Wahlsieg des Materialismus« u. a. folgendes:

»Ist die klassische Weltanschauungspartei des Zentrums geschlagen worden, so bedeutet das einen Sieg des Materialismus. Einen Sieg des Materialismus bedeutet es erst recht, wenn die Wirtschaftspartei sich verdoppelt hat, wenn mehrere Bauernparteien in den Reichstag einziehen, wenn eine Aufwertungspartei mit zwei Mandaten sich brüstet und wenn die unglaubwürdigen Splitterparteien — lauter kleinbürgerliche Vereine von Inflationsgeschädigten, Kriegsopfern, Mieterschützern, Hausbesitzern u. s. w. — eine Million Stimmen auf sich gesammelt haben, die allerdings im Orkus verschwanden. Läßt man das Anwachsen der Arbeiterparteien, die ja die materialistische Weltauffassung von vornherein vertreten, bei Seite und beachtet nur das Bürgertum, so ist die Abkehr von ideellen Zielen und die Hineinigung zu materialistischen unleugbar. Das aber ist die klare Enthüllung, die die Wahlen vom 20. Mai gebracht haben.

Auch sie ist keine Ueberraschung. Der Aufschwung Deutschlands, der seit vier Jahren wieder beobachtet werden kann, knüpft an die Entwicklung vor dem Kriege an. Er vollzieht sich heute auf demokratischer Grundlage, genährt vom Gelde der größten Demokratie, den Vereinigten Staaten. An Mahnern und Warnern fehlt es angesichts dieser Entwicklung nicht. Aus den geschlagenen Parteien heraus ruft man nach dem Primat der Politik vor der Wirtschaft. Dr. Stresemann hat lange vor dem Wahlkampf die Gefahr der Situation eines Volkes, das nach dem Kriegselend durch die Katastrophe der Inflation gegangen ist, dann aus Arbeitskraft und Krediten eine Hochkonjunktur schafft und in der Reparationsverpflichtung einen Grund zu industriellem Imperialismus findet, dargestellt, er hat, obwohl Führer einer eminent industriellen Partei, in seinen Reden immer wieder kulturelle und geistige Forderungen erhoben. Dem Sinnen nach wirtschaftlichen Belangen setzte er Losungsworte des Idealismus entgegen, um so ein moralisches Gleichgewicht der Volkspsychose zu empfehlen.

Es ist mehr als zweifelhaft, in den zehn Millionen Stimmen, die sich der Wahlen enthalten haben, einigen Protest gegen die materialistische Richtung zu suchen. Man muß nur hoffen, daß die neuen Volksvertreter sich der bedenklichen Entwicklung bewußt werden, die den ehrwürdigsten Traditionen des deutschen Volkes vor der bismarckischen und wilhelminischen Epoche und allen seinen großen geistigen Führern, Dichtern und Philosophen, widerspricht. Man ist auf die »Amerikanisierung« in Deutschland sehr stolz, auf die Vervollkommnung der Technik und der zivilisatorischen Errungenschaften, aber man übersieht, daß in den Vereinigten Staaten sogar dem Hochkapitalismus ein starker humanistischer Strom parallel läuft. Die Parteien der Mitte, die im neuen Reichstag schwächer sein werden als bisher, können trotzdem den wohlthuendsten Einfluß erlangen, wenn sie die Wahrzeichen eines modernen Idealismus aufrichten. Ja, es ist ihre nationale Pflicht geworden.«

★

Rigasche Rundschau (2. Juni). Der Führer der deutschen Parlamentsfraktion im lettischen Landtag, Dr. Paul Schiemann, unterzieht das Ergebnis der Wahlen für die nationalen Minderheiten einer Untersuchung, die ihn zu folgenden Ausführungen veranlasst:

»Eine offizielle Stellungnahme des Verbandes der nationalen Minderheiten in seinem Organ, der »Kulturwehr«, liegt noch nicht vor. Es ist nicht anzunehmen, daß es sich der Auffassung Dr. Weichmanns, der von Kattowitz her ein guter Kenner der Minderheitenfrage ist, anschließen könnte. Es dürfte vor allem darauf hingewiesen werden, daß von einer praktischen Befriedigung polnischer Schulbedürfnisse vorläufig doch nur in Oberschlesien, aber nicht in bezug auf die außerhalb dieses eine Sonderstellung einnehmenden Gebiets gesprochen werden könne. Die diesbezügliche Schulverordnung ist bisher nur angekündigt, aber noch nicht ausgeführt. Gerade deshalb aber scheint es von Wichtigkeit, daß von deutscher Seite für die Zukunft mit Entschiedenheit die nationale Toleranz als wichtigste Grundlage jeder staatlichen Minderheitenpolitik anerkannt wird. Wir müssen gestehen, daß wir bei der Nachricht von der Wahlniederlage der Minderheiten in Deutschland uns der Besorgnis nicht ganz haben entziehen können, daß namentlich die in Ostpreußen maßgebenden, einer großzügigen Minderheitenpolitik nicht zugänglichen Kreise dieses Resultat als einen Erfolg der von ihnen verfolgten Politik in Anspruch nehmen würden. Und das wäre natürlich die allerverkehrteste Schlußfolgerung.

Es ist gewiß nicht möglich, sich als Außenstehender ein objektives Urteil über alle die Gründe zu bilden, die zur Wahlniederlage geführt haben mögen. Man wird Dr. Weichmann darin recht geben müssen, daß es nicht angeht, sie einfach auf Druck von außen, auf Terror und Wahlbeeinflussung zurückzuführen. Das hieße sich selbst Sand in die Augen streuen. Ueberall, wo eine starke nationale Bewegung lebt, hat der Wahlterror sich eher als geeignet erwiesen, die Kräfte der Unterdrückten auf das äußerste anzuspannen, als sie zu lähmen. Selbst in Rumänien, wo die Minderheitenwähler durch Militärkordons an der Ausübung ihres Wahlrechts verhindert wurden, sind damit nur örtliche Erfolge erzielt worden, und dafür ist an anderen Stellen der geschlossene Wille der Wähler um so stärker hervorgetreten. Es wird aber wohl niemand behaupten wollen, daß in Deutschland ein physischer Wahlterror ausgeübt worden wäre. Daß aber ein moralischer Wahlterror von seiten der Arbeitgeber, von dem in diesem Zusammenhang gesprochen wird, keinen Einfluß auszuüben vermag, beweisen ja wohl am besten die Erfolge der Kommunisten, die dem Arbeitgeber gewiß nicht lieber sind, als ein oder zwei polnische Abgeordnete.

Eher wäre es denkbar, das bestehende Wahlrecht anzuschuldigen, das ein Mandat auf der Reichsliste von einem Mandat im Wahlkreise abhängig macht. Diese Unsicherheit mag entmutigend wirken und die restlose Zusammenfassung zerstreuter Stimmen erschweren. Bei einer Reform des deutschen Wahlrechts, die ja vermutlich auf eine wesentliche Verkleinerung der Wahlkreise hinauslaufen dürfte, wäre es empfehlenswert, den an Voraussetzungen der Geburt gebundenen Parteien den bedingungslosen Wahlkreis über den ganzen Staat zu gewähren.

Damit allein aber kann dieser Mißerfolg nicht erklärt werden. Eine Wählerzahl, die in einem so starken Mißverhältnis zur Ziffer der Volkszählung steht, ist eine unnormale Erscheinung. Der Verband nationaler Minderheiten wird alle Veranlassung haben, sich über seine Lage klar zu werden, und die Gründe vor allen Dingen in sich selbst und nicht außerhalb zu suchen. Gerade die nationale Bewegung ist letzten Endes ausschließlich auf die Stärke des nationalen Willens der Volksgenossen angewiesen, und ein nationaler Kampf ist zu 75 Prozent nicht ein Kampf gegen feindliche Mächte der Umgebung, sondern ein Kampf gegen die Lauheit und Gleichgültigkeit im eigenen Lager. Stark ist in diesem Kampfe die Volksgemeinschaft, die im Innersten durchdrungen ist von ihrem Recht auf nationales Eigenleben. Deshalb ist die Unterdrückung und Vergewaltigung von außen her gewöhnlich ein unfreiwilliger Bundesgenosse im nationalen Kampfe, weil durch das Gefühl, Unrecht zu erleiden, das Rechtsbewußtsein

aufgepeitscht und gestärkt wird. Dieses Gefühl, Unrecht zu leiden, kann nicht künstlich erzeugt werden, sondern es muß aus der Erfahrung am eigenen Leibe entstehen. Deshalb ist der Boden für eine starke Minderheitenbewegung in einem Rechtsstaate weniger günstig als im Obrigkeitsstaate.

Man wird nicht verkennen können, daß die Minderheitenbewegung in Deutschland, namentlich unter den Polen, mit einer Reihe besonderer Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Jenes nationale Rechtsbewußtsein, von dem wir oben sprachen, entwickelt sich ganz natürlich bei jedem bodenständigen Volkstum mit einer an die heimatliche Erde gebundenen geschichtlichen Tradition. Der polnische Arbeiter im Westen hat dieses Bodenständigkeitsgefühl nicht, hinter ihm liegt die Entscheidung zur Auswanderung, die immer auch eine gewisse Loslösung von der Vergangenheit bedeutet. Hier mag eine radikale, die Unzufriedenheit nährnde Propaganda eher zur kommunistischen als zur nationalen Wahlurne führen.«

Dr. Schiemann stellt als wichtigsten Grundsatz jeder staatlichen Minderheitenpolitik die nationale Toleranz in den Vordergrund. Praktisch wird es jedoch wahrscheinlich anderswo genau so sein, wie in Deutschland: die Staatsregierung wird sich zu dem Grundsatz der Toleranz bekennen, aber umso stärker werden die politischen Parteien, die in den Minderheitenparteien parteipolitische Konkurrenten sehen, sich des gegenteiligen Grundsatzes befleißigen, auch dann, wenn sie Regierungsparteien sind, wie wir das tatsächlich bei der Zentrumsparthei und den Sozialdemokraten erlebt haben. Und nicht nur die ostpreussischen Nationalisten, nein, ganz besonders auch die Sozialdemokraten nehmen das Resultat als einen Erfolg ihrer »Minderheitenpolitik« in Anspruch und bringen es fertig, auch führende Sozialdemokraten anderer Staaten damit irre zu führen, wie die Aeusserung z. B. des ehemaligen dänischen Staatsministers Stauning im »Flensborg Avis« zeigt.

Wie schwierig das ganze Problem liegt, zeigt die Tatsache, dass die naheliegende und im allgemeinen richtige Annahme Schiemanns über die Einstellung der polnischen Industriearbeiter im Westen durch die faktischen Ergebnisse widerlegt wird. Im ober-schlesischen Bodenständigkeitsgebiet haben die Stimmen abgenommen, im westlichen, rheinisch-westfälischen Industriegebiet aber um etwa 18 Prozent zugenommen. Im übrigen tritt der Verfasser für den personellen Wahlkreis ein; von Seiten der deutschen Minderheitspolitiker in Dänemark wird allerdings diese Forderung durch allerhand Verklausulierungen kompliziert. Im ganzen betrachtet sprechen jedoch alle Anzeichen dafür, dass das Deutsche Reich auf seine systematische Assimilierungspolitik mehr Wert legt als auf alle Forderungen und Ratschläge der Minderheiten.

Vossische Zeitung (31. Mai). Der wesentliche Teil des Artikels, auf den Dr. Schiemann hinweist und der den Regierungsrat Dr. Herbert Weichmann zum Verfasser hat, lautet:

»Eine zureichende Begründung für den Rückgang der nationalen Minderheiten dürfte, ohne jede nationale Voreingenommenheit, etwa nach folgender Richtung gegeben werden können:

Der nationalen Bewegung und Erregung ist in dem gegenwärtigen Deutschland nach dem Abbau der Kriegs-, Nachkriegs- und Abstimmungspsychosen kein genügend seelischer Raum zur Ausdehnung mehr gegeben. Der dänischen Bevölkerung ist die Wahrung ihrer kulturellen Interessen durch besondere Verordnungen seit langem gesichert, und für die polnische Bevölkerung war die preußische Verwaltungspolitik bereits seit Jahren von dem Bemühen geleitet, ihr unter Anwendung der Grundsätze der Genfer Konvention eine freie kulturelle Existenz zu gewährleisten, eine Praxis, deren Sanktionierung auf dem Verordnungswege zudem jetzt noch besonders zugesagt worden ist. So wirkte einmal die allgemeine Staatspolitik der nationalen Differenzierung entgegen. Und weiter darf auch die zweifellose Hinwendung der Minderheitsangehörigen zu den demokratischen Parteien zu dem Schluß führen, daß der Gedanke der nationalen Toleranz, der gerade diesen von ihnen bevorzugten Parteien zu eigen ist, seine ausgleichende Wirkung ausübte. Die nationale Frage hatte so bei den Wahlen nicht mehr den Charakter eines vitalen Lebensinteresses. Die Minderheitsangehörigen, die für die deutschen Parteien wählten, haben durch ihre Entschließung nicht zum Ausdruck gebracht, daß sie auf ihr Volkstum verzichten, wohl aber, daß sie die Wahrung ihres Volkstums für gesichert erachten.

Zieht man nun aus dieser Sachlage die praktische Lehre, so wird zunächst festzustellen sein, daß die bisherige liberale Minderheitenpolitik eine ausgezeichnete Rechtfertigung erfahren hat. Sie allein, und nicht die Praxis der bekannten starken Hand, vermochte die nationalen Gegensätze zu mildern und die Minderheitsangehörigen dem innerpolitischen deutschen Leben als aktive Staatsbürger zuzuführen. Damit ergibt sich auch zwanglos für die Zukunft die Notwendigkeit, an dem einmal eingeleiteten System einer liberalen Minderheitenpolitik festzuhalten. Großzügigkeit den nationalen Minderheiten gegenüber ist zugleich die beste nationale Politik im deutschen Sinne.

Abschließend darf man danach sagen, daß nach dem Ausgang der Wahlen die Minderheitenfrage in Deutschland in einer wirklich grundsätzlichen Weise geklärt worden ist. Es kann nicht gelingen, in wenigen Jahren nach einer übermäßigen nationalen Verhetzung sämtliche Angehörigen nationaler Minderheiten zufriedenzustellen. Aber es ist gelungen und gelingt fortschreitend, sie weiter aus ihrer negativen Einstellung zum deutschen Staat zu lösen und sie allgemein der Mitarbeit am deutschen Wiederaufbau zuzuführen.

Für die deutschen Minderheiten im Ausland sind die entsprechenden Feststellungen leider noch nicht zu treffen. Ganz im Gegenteil zu der Entwicklung in Deutschland haben die deutschen Volksgenossen in Dänemark und Polen ihre Anhängerzahl wachsend vergrößert. Dieses Wachstum ist ein Zeichen dafür, daß um die Frage der Erhaltung ihres Volkstums jenseits der Grenzen leider noch immer gekämpft werden muß. Unter diesem Gesichtspunkt darf man mit Anknüpfung an den Wahlausgang darum auch sagen, daß Deutschland seinen Beitrag zur Lösung des Minderheitenproblems geleistet hat. Die Verpflichtungslast, eine gerechte und befriedigende Minderheitenpolitik zu treiben, liegt von nun ab bei den anderen Ländern.«

Die Ausführungen Dr. Weichmanns sind insofern von Interesse, weil sie ohne Zweifel die amtliche Auffassung des preussischen Ministerpräsidiums, wo Dr. Weichmann Regierungsrat ist, wiedergeben. Dass es sich dabei um eine propagandistische Arbeit der preussischen Regierung pro domo sua handelt, sind wir anzunehmen umso mehr berechtigt, als der Verfasser, der selbst als Redakteur in Oberschlesien tätig war, genau und aus eigener Erfahrung weiss, dass die Folgerungen aus dem Wahlresultat in diesem Umfange und mit dieser Motivierung nicht gezogen werden können. Sollten seine Erwägungen jedoch seine private Meinung wiedergeben, so kann es nicht unsere Aufgabe sein, derart schiefe Werturteile besonders zu bewerten oder sie zum Ausgangspunkt einer Diskussion zu machen. Dies ist umso weniger der Fall, als Dr. Weichmann eine Reihe von Behauptungen aufstellt, die den eigenen oder amtlichen Wunschvorstellungen entspringen. So lässt er die Tatsache vollständig ausser Betracht, dass ein wesentlicher Teil der Minderheitswähler, vor allem in Oberschlesien, überhaupt nicht am Wahlakt teilgenommen hat. Damit eine Zufriedenheit der Minderheitswähler mit der preussischen Minderheitenpolitik überhaupt in Erscheinung gebracht werden kann, unterstellt er als Tatsache, dass sie alle deutsche demokratische Parteien bevorzugt haben. Die ausserordentliche Zunahme der kommunistischen Stimmen lässt uns auf Grund der während der Wahlarbeit gemachten Erfahrungen mit ziemlicher Gewissheit erkennen, dass gerade in Oberschlesien die Minderheitenstimmen nicht nach der gemässigten — sowohl der polnischen als auch der deutschen —, sondern aus Protest gegen die Politik des Staates, nach der radikalen Seite gefallen sind. Es kann aber naturgemäss bei geheimen Wahlen weder das eine noch das andere mit absoluter Sicherheit behauptet werden; jedenfalls aber spricht für unsere erfahrungsmässige Erklärung die relativ grössere Wahrscheinlichkeit auch auf Grund der zahlenmässigen Ergebnisse. Was Dr. Weichmann z. B. über die »übermässige nationale Verhetzung« sagt, trägt denn doch den Stempel einer — milde gesagt — nationalen Voreingenommenheit zu deutlich an der Stirn, als dass es uns zugemutet werden kann, dazu besonders Stellung zu nehmen.

Von welchem geringem politischen Erkenntniswert die weiteren Folgerungen des Artikels sind, geht vor allem aus dem Schlussabsatz hervor; hier kommt auch der amtliche Charakter seiner Ausführungen deutlich zum Vorschein. Schon die Tatsache allein, dass die meisten deutschen Minderheiten zu den Wahlen unter gänzlich anderen wahlgesetzlichen Bestimmungen gehen und teilweise schon mit wenigen Tausenden Stimmen ein Mandat erzielen können, hätte davon ab-

halten müssen, so weitgehende Schlussfolgerungen aus dem Resultat der Wahlen zu Ungunsten der Minderheiten zu ziehen und allés zu Gunsten der Staatspolitik zu deuten. Es ist angesichts der weiteren Tatsache, dass die preussische Regierung kurz vor den Wahlen eine umfassende Regelung des Minderheitenrechts angekündigt hat, doch wohl stark über das Ziel hinausgeschossen, wenn jetzt ein Regierungsrat aus dem Ministerpräsidium apodiktisch erklärt, Deutschland habe seinen Beitrag zur Lösung des Minderheitenproblems geleistet; die Verpflichtungslast, eine gerechte und befriedigende Minderheitenpolitik zu treiben, läge von nun ab bei den anderen Staaten. In Wirklichkeit liegt die Sache jedoch so: die preussische Regierung hat vor den Wahlen die umfassende Regelung des Minderheitenrechts in Aussicht gestellt. Das Ergebnis der Minderheitenstimmen hat sie selbst überrascht. Durch diese Ueberraschung fühlt sie sich berechtigt, erklären zu lassen, Deutschland habe sein Minderheitenproblem gelöst. Tatsächlich hat auch die preussische Regierung noch nicht den geringsten Versuch gemacht, ihr Versprechen einzulösen, denn die in diesem Versprechen mitenthaltene Zusicherung der Hinzuziehung von Minderheitenvertretern zu den Beratungen ist ohne Verwirklichung geblieben. Daraus und aus den Ausführungen des Herrn Regierungsrats Dr. Weichmann ist der naheliegende Schluss zu ziehen, dass die preussische Regierung mit ihrer Zusage einer Regelung des Minderheitenrechts lediglich ein Wahlmanöver betrieben hat; es sei denn, dass sie amtlich erklärt, sie stehe nach wie vor zu ihrem Versprechen, und dass sie es in kürzester Zeit erfüllt. Mit den machiavellistischen Argumenten des Herrn Regierungsrats Dr. Weichmann, der vom radikalsten Kommunismus über die Vossische Zeitung, Frankfurter Zeitung und Kattowitzer Zeitung zur Sozialdemokratie gekommen ist, wird sie sich doch wohl schwerlich in der Oeffentlichkeit identifizieren wollen und identifizieren können. Qui vivra, verra!

*

Der Schleswiger (Flensburg, 9. Juni):

»Die Frage der Beteiligung oder Nichtbeteiligung an den politischen Wahlen muß nicht zuletzt psychologisch beurteilt werden.

Der Verzicht auf diese Kraftmessung kann gar zu leicht wie ein Eingeständnis eigener Schwäche wirken. Was ja vollkommen verfehlt wäre. Warum soll der Eindruck entstehen, daß in der dänisch-südschleswigschen Bevölkerung nicht mehr der alte Glaube an die Sache und an die Zukunft lebt; daß nicht mehr der alte Wille vorhanden ist, alle einmal beschlossenen Aufgaben zu lösen?

Nur dadurch, daß man es wagt, unerschrocken ein Ziel aufzupflanzen und es unter allen Umständen festzuhalten, sichert man sich Gefolgschaft. Ein zeitlicher Mißerfolg darf auf keinen Fall dazu führen, daß in Bezug auf Ziel und Weg, Pflichten und Aufgaben eine unnötige Einschränkung beschlossen wird. Hieße das nicht durch innere Bezeugung die äußere Abbröckelung sanktionieren, erleichtern?

Hier muß, wie gesagt, das Gefühl stark mitsprechen, das ja doch in allen Dingen eine größere Kraft und ein stärkerer Bundesgenosse ist als die rein verstandesmäßige Ueberlegung. Und das Gefühl sagt, daß es eine Art Selbstentkräftung wäre, die vorgeschobene Schanze der politischen Wahlbeteiligung aufzugeben.

Nach Ansicht des »Schleswiger« muß es bleiben wie bisher: Beteiligung der dänischen Minderheit sowohl an den politischen wie an den kommunalen Wahlen.

Etwas ganz anderes ist, daß selbstverständlich kein einziger Kenner der Sachlage die politischen Wahlen als den Ausdruck der zahlenmäßigen Stärke des Dänentums in Schleswig ansehen kann und darf.

Praktisch gesehen sind die politischen Wahlen ein Ausdruck für die Solidarität mit den anderen Minderheiten in Deutschland. Dabei soll es doch bleiben; trotz der gehässigen und geschmacklosen Angriffe, die von der nordmärkischen Seite gegen den Verband, und vor allem gegen die Polen, gerichtet werden. Nationale Ueberheblichkeit machen die Dänen in Südschleswig nicht mit. Der Pole ist nicht schlechter als der Deutsche und Däne, nur weil er Pole ist.

Es scheint übrigens, daß die Forderung nach einer parlamentarischen Vertretung für die 75 000 Minderheitsstimmen des 20. Mai wachsendes Verständnis findet. Auch der »Schleswig-Holsteiner« plädiert nunmehr dafür, daß für die nationalen Minderheiten bei den Wahlen besondere Gesichtspunkte geltend gemacht werden müssen. Es wird anerkannt, daß die Minderheiten wahltechnisch anders zu behandeln sind als die politischen Parteien. In dem Augenblick nun, wo jedenfalls eine gewisse Aussicht dafür besteht, daß für die Minderheiten in Deutschland das ganze Reichs- bzw. Staatsgebiet als ein einziger Wahlkreis gelten soll — wodurch dem Verband natürlich ganz andere Erfolgsmöglichkeiten gegeben sind — sollte doch die Fahne der politischen Wahlbeteiligung weder bei der dänischen noch bei einer anderen Minderheit des Verbandes eingeholt werden.«

★

Die »Welt am Montag«, Berlin (11. Juni) veröffentlicht folgende Illustration zum Minderheitenrecht und seiner Anwendung in Deutschland:

»Am 5. Dezember 1927 hat der Oberbürgermeister von Wanne-Eickel nachstehendes Amtsschreiben losgelassen:

An

den poln.-kath. Jugendverein
z. Hd. des Herrn Viktor Maslankiewicz

Wanne-Eickel,
Hindenburgstr. 389.

Auf Ihren Antrag vom 25. Nov. d. J. wird Ihnen hiermit Mittwoch, von 19 bis 21½ Uhr, und Sonnabend, von 16 bis 18 Uhr, der Sportplatz an der Reimersturnhalle zur Verfügung gestellt. Eine Sonntagszeit ist zur Zeit nicht frei.

Während der genannten Zeiten dürfen bestimmungsgemäß keine militärischen Uebungen vorgenommen werden. Ebenso ist der Gebrauch der polnischen Sprache und das Zeigen polnischer Farben und Abzeichen nicht gestattet.

I. V.

(—) Unterschrift.

Wie Sport im Winter von 7 bis 9½ Uhr abends im Freien getrieben werden soll, ist uns nicht ganz klar. Doch das nebenbei.

Die Hauptsache ist, daß der Oberbürgermeister einer deutschen Stadt der polnischen Minderheit den Gebrauch ihrer Muttersprache auf dem Sportplatz verbietet! Das mutet doch wirklich an wie ein Rückfall in die Methoden der alten Antipolenpolitik unter Wilhelm II.

Hat sich der Herr Oberbürgermeister gar nicht klar gemacht, welche Rückwirkung solche Verfügungen auf die deutsche Minderheit in Polen haben müssen? Es gibt erheblich mehr Deutsche in Polen als Polen in Deutschland. Wünscht der Herr Oberbürgermeister von Wanne-Eickel, daß unsere deutschen Volksgenossen in Polen mit dem Maße gemessen werden, mit dem er die Polen in Deutschland mißt?

Er wünscht es sicherlich nicht. Dann aber sollte er die polnische Muttersprache so in Deutschland behandeln, wie er — mit Recht! — verlangt, daß die deutsche Muttersprache in Polen geachtet werde.«

Rundschau.

Die internationale Entwicklung des Minderheitenrechtes. In der letzten Zeit hat man innerhalb der Union der Völkerbundsligen eine erhöhte Aufmerksamkeit für die Frage der Minderheitenbehandlung feststellen können, verbunden mit der Tendenz, eine Reihe von Bestimmungen auf dem Gebiet herauszuarbeiten. Aus deutscher Initiative heraus wurde z. B. der Vorschlag eingebracht, beim Völkerbund einen stehenden Minderheitenausschuß einzurichten. Namentlich von deutscher Seite und den Vertretern deutschorientierter Staaten arbeitet man in der Richtung, allgemeingültige Bestimmungen für die Behandlung der nationalen Minderheiten zu schaffen, wie dies Bestreben ja auch sehr stark auf den bisher abgehaltenen Minderheitenkongressen in Genf zum Ausdruck kam. Ein Beweis dafür, in welcher Richtung man von deutscher Seite arbeitet, ist namentlich auch ein Artikel, den der frühere preußische Regierungspräsident, Dr. Otto Junghann, Mitglied des Vorstandes der deutschen Völkerbundsliga und Vicepräsident der Weltunion der Völkerbundsligen, in dem Märzheft von »Nation und Staat« veröffentlicht hat. Er verweist u. a. darauf, wie sich der Kampf für die Rechte der nationalen Minderheiten innerhalb der internationalen Organisationen um die »Kulturautonomie« zu konzentrieren beginnt, wie das bereits auf dem Minderheitenkongreß in Genf geschehen ist, und gibt dann eine Darstellung der Entwicklung dieser Frage innerhalb der Weltunion der Völkerbundsligen. Er betont mit Recht, daß der Einfluß dieser Organisation bereits sehr bedeutend ist, namentlich im Völkerbund, und daß er noch ständig zunimmt. Der Kampf um diese Frage wird innerhalb der Kommission der Völkerbundsligen mit einer solchen Leidenschaft geführt, daß die Zeit nach seiner Ansicht nicht mehr fern ist, wo die Entwicklung der Minderheitenprobleme in eine solche Atmosphäre gerät, daß Schiedsverfahren und neue Rechtsnormen erforderlich sein werden, sodaß der Völkerbund genötigt sein wird, das ganze Problem von neuem aufzurollen. Das gibt natürlich der Arbeit innerhalb der Minderheitenkommissionen der Völkerbundsligen erhöhte Bedeutung.

Dr. Junghann schreibt u. a.: »Mit Rücksicht auf das schwierige Gebiet, auf dem die Verhandlungen der Weltunion geführt werden, muß man die Zahl der aus tiefem internationalen Verantwortungs-

gefühl hervorgewachsenen Beschlüsse doppelt anerkennen, die bisher auf den Plenarversammlungen erledigt wurden. Diese sind zum Teil wohl allgemein gehalten, was mit Rücksicht auf die jetzige Entwicklung der Dinge verständlich ist, und es ist ebenso natürlich, daß dieser Verband bei jeder Gelegenheit es stark unterstreicht und hervorhebt, daß die Minderheiten ihren Herbergstaaten gegenüber loyal eingestellt sein müssen. Wenn man jedoch, als Ganzes betrachtet, hier auf ähnliche Forderungen stößt, wie sie vom Nationalitätenkongreß in Genf aufgestellt sind, muß betont werden, daß die ersten Beschlüsse bereits veröffentlicht wurden vier Jahre bevor der Nationalitätenkongreß an die Oeffentlichkeit trat. Der größte Fehler des jetzigen Minderheitenrechtes, soweit heute von einem solchen gesprochen werden kann, ist ohne Zweifel sein Mangel an Allgemeingültigkeit. Es muß als ein großes Verdienst der Weltunion betrachtet werden, daß sie bereits 1921 auf einer Konferenz in Genf den Wunsch aussprach, daß die in den Minderheitsverträgen enthaltenen allgemeinen Prinzipien in allen Ländern beachtet würden. Im folgende Jahre — auf der Konferenz in Prag — wurde dann vorgeschlagen, daß alle Staaten Gegenseitigkeitsverträge bezüglich der Behandlung der Minderheiten abschliessen sollten.«

Der Verfasser schildert schließlich in grossen Zügen die Verhandlungen in den Minderheitenkommissionen. Daraus geht deutlich hervor, daß sich in allen Beschlüssen eine Tendenz zum Generalisieren in der Frage des Minderheitenrechtes bemerkbar macht. Nicht ohne besonderes Interesse können die nationalen Minderheiten in Deutschland und die mit ihnen solidarischen Gruppen diese Ausführungen lesen, da von ihnen ja gerade eine solche Generalisierung des Minderheitenrechtes, namentlich in der bis jetzt vorliegenden Form des deutschen Vorschlages einer »kulturellen Selbstverwaltung« in Genf abgelehnt wurde. Es wird deshalb die Aufgabe dieser Gruppen sein, der hier von einflußreicher deutscher Seite skizzierten Entwicklung in der Minderheitenfrage mit Aufmerksamkeit zu folgen und namentlich dafür Sorge zu tragen, daß die internationalen Organisationen damit bekannt gemacht werden, daß innerhalb der Minderheiten in Europa verschiedene Auffassungen in der Frage eines Minderheitenrechtes bestehen. Aus den Ausführungen des deutschen Vicepräsidenten muß man entnehmen, daß dem Sonderstandpunkt der erwähnten Gruppen bisher nicht die genügende Beachtung geschenkt worden ist, obgleich er in dem Vorschlag zu einem Minderheitenschulgesetz, der vom »Verband der nationalen Minderheiten in Deutschland« der deutschen Reichsregierung unterbreitet wurde, konkrete, wenn vielleicht auch noch durch Verhandlungen zu verbessernden, Form angenommen hat.

Muttersprache. Vor etwa einem Jahre (Aprilheft 1927) hat Dr. Auerhan-Prag in einem ausführlichen Artikel den Wert und die Bedeutung der Muttersprache und ihrer Verwendung im Schulunterricht untersucht und die Frage als eine von weitreichender ethischer und sozialer Bedeutung bezeichnet. Der zwingenden Beweisführung Auer-

han's wird sich kein Minderheitenangehöriger verschließen können, da ihn ja seine eigene Erfahrung die Richtigkeit der Auerhan'schen Erwägungen deutlich genug fast täglich demonstriert. Nun finden wir in der »Deutschen Tageszeitung« (28. 3.) einen weiteren Beitrag zur Bekräftigung der hier vertretenen Auffassung. In dem genannten deutschen Nationalistenblatt schreibt ein Deutschschweizer u. a. folgendes:

»Gottfried Keller, der Schweizer, hat einmal gesagt: »Man soll jedes Mannes Muttersprache achten, die eigene aber soll man lieben.«

Die Sprache als Element der Volkheit, das ist bei uns eine so wenig beachtete Tatsache, daß es gut tut, einmal einen Blick über die Reichsgrenzen zu werfen, in ein Land, wo unsere Sprache neben zwei anderen gesprochen wird. Die Schweiz gilt in manchen Kreisen als ein Ideal des »Nebeneinander«, als ein Vorbild eines grenzlosen Europa; es zeigt sich aber bei näherem Zuschauen, daß hier beim jahrhundertelangen kulturellen »Nebeneinander« das Gefühl der Verpflichtung des Reinhaltens, des Begrenzens besonders im Sprachlichen eher gewachsen als verwischt ist.

Da erscheint in Biel ein Jahrbuch mit einem Aufsatz von Professor Otto von Greyerz, in dem der Verfasser dem »besonders in der Schweiz eingewurzelten Wahn« entgegentritt, daß Bildung darin bestehe, möglichst viele Sprachen zu »beherrschen«. Dabei vergessen diese Allerweltsgebildeten, die es gerade auch in Deutschland massenhaft gibt, daß der Mensch viel mehr von seiner Sprache beherrscht wird, als er sie beherrscht Sind doch unsere Begriffe in hohem Masse Produkte der Muttersprache! Greyerz, der Schweizer, sieht vielmehr wirkliche Bildung im Verhältnis des Menschen zu seiner Muttersprache. »Eine reinliche Scheidung des Französischen und Deutschen wird beiden Sprachen nur förderlich sein,« meint er im Hinblick auf die Schweizer Vielsprachigkeit.

In demselben Buche prägt der schweizerische Prof. de Reynold den Satz: »Ein Uhrmacher, dessen Geisteskräfte durch ernsthafte, sprachliche Schulung geläutert wurden, leistet auch bessere Handarbeit.«

Damit wird in der Schweiz der Gedanke des »Deutschen Tatenkens« aufgenommen, den bei uns Willy Schlüter in seiner Tatphilosophie und Führungskunde groß gestaltet hat. Ein in der Ursprache anschaulich denkender Mensch lebt und schafft ursprünglicher, ist tathafter geartet, als ein der Muttersprache entwöhnter. Und die Hand des werktätigen führt sinnvoller das Werkzeug, wenn dieser »Sinn«, von dem die ursprachlichen Mystiker des Nordens und Indiens reden, sich ihm in anschaulichen Wortbildern erschließt. Und wiederum wird eine Sprache reich und vielgestaltig sein, wenn sie aus dem Anschauungsreichtum des Werkschaffenden, Feldbauenden neu mit Bildern gespeist wird.«

»Ein in der Ursprache (also Muttersprache) anschaulich denkender Mensch lebt und schafft ursprünglicher, ist tathafter geartet, als ein

der Muttersprache entwöhnter. Und die Hand des Werkstätigen führt sinnvoller das Werkzeug, wenn dieser Sinn . . . sich ihm in anschaulichen Wortbildern erschließt.« Das schreibt wörtlich das Organ der Deutschnationalen! Angesichts der gegen die Minderheiten im Deutschen Reich angewandten Entnationalisierungspolitik, die sich in erster Linie gegen die Muttersprache und ihre Pflege in der Schule richtet, darf man wohl fragen: will man den Masuren und Polen, Lausitzer Serben, Litauern und Dänen, Friesen und Čechen nur deshalb ihre Muttersprache rauben, um sie zu ursprünglichem Schaffen und Tatkräftigkeit untauglich und dadurch politisch, sozial und kulturell zu Heloten zu machen?

Bemerkungen.

Herr Dr. Manfred Laubert, Professor der Geschichte an der Universität in Breslau und Wanderredner der »Reichszentrale für Heimatdienst«, veröffentlichte im Mai 1928 in einigen schlesischen Provinzblättern einen gleichlautenden Artikel: »Die Kampfweise des Herrn Skala« (Frankfurter Oderzeitung) und »Die Kulturwehr des Herrn Skala« mit dem Untertitel: »Sozialdemokraten und Wenden« (Görlitzer Nachrichten, 8. Mai). Um Niveau und Charakter der »Kampfweise« des Herrn Dr. Laubert einwandfrei zu zeigen, sei hier der wesentliche Teil seiner Artikel zitiert:

»Angesichts der nahen Wahlen und des Masarykschen Ostervorstosses ist es vielleicht lohnend, sich die Kampfweise des Herrn S. anzusehen.

Zunächst suchte sich Herr S. für die Landtagsverhandlung einen Bundesgenossen und fand ihn — was nicht weiter verwunderlich ist — in dem sozialdemokratischen Abgeordneten Wehle. Man darf wohl annehmen, dass dessen Informationen das Skalasche Stenogramm nicht fern stand. Nach Herrn Wehles Worten habe ich die Wenden als ungeheure Gefahr hingestellt für den »künftigen Krieg zwischen Deutschland und Russland, der nicht mehr lange auf sich warten lassen werde«, und zur Behebung dieser Gefahr empfohlen, »die wendische Volksbank in Bautzen mit deutschem Gelde zu unterstützen«. Nach der Kulturwehr jedoch habe ich erklärt, dass früher oder später »ein Krieg an der Ostgrenze Deutschlands entbrennen werde« und dann die Wenden eine gefährliche Rolle spielen könnten, weil sie als Slaven eine Brücke zwischen den »feindlichen Mächten« bilden würden, worunter ich »Čechen« und Polen verstehen soll. Ferner empfindet es Herr S. als provozierend, dass ich geraten habe, wirtschaftlichen Einfluss zu nehmen »durch Gründung eines gegen die wendische Volksbank gerichteten« Geldinstituts. Das ist nun zwar ungefähr das Gegenteil dessen, was ich nach Herrn Wehle gesagt haben soll, und ich habe in meinen zahlreichen Vorträgen und Schriften niemals die Möglichkeit eines deutsch-russischen Krieges mit einem Wort erörtert, aber um sich sozialdemokratischen Beistand zu sichern, war es ganz zweckmässig, mich als Kriegshetzer gegen die Sowjetrepublik hinzustellen. Der Glaubwürdigkeit des Stenogramms tut das natürlich keinen Abbruch. Triumphierend erzählt dafür Herr S., der Abg. Wehle habe meinen Vortrag in schärfster Form verurteilt und sogar der deutschnationale Abg. Grellmann habe sich nach seinen Erfahrungen genötigt gesehen, von der R. f. H. »betont abzurücken«. Herr S. scheint die Intelligenz seiner Leser sehr gering zu veranschlagen, denn in derselben Nummer können diese ersehen, dass Herr G. erklärt, er habe keine Beziehungen zur R. f. H., also keine persönliche Veranlassung, sie in Schutz zu nehmen, müsse aber trotzdem die Bemerkung seines Kollegen »zurückweisen«, da meine Ausführungen wohl aus dem Zusammen-

menhang herausgerissen seien und man sie von verschiedenen Gesichtspunkten auffassen könne. Das nennt Herr S. »betont abrücken«.

Was aber ist des Pudels Kern? Ich habe wiederholt anerkannt, dass die grosse Mehrzahl der Wenden durchaus loyal ist und die Anhänger der Barth u. Gen. beständig zusammenschmelzen, was ich durch die Wahlergebnisse belegte. Meine angebliche Freude darüber findet Herr S. »gravierend« (wenn er sich über das Gegenteil freut, so ist das nicht gravierend, sondern loyal). Ferner habe ich zur Sicherung dieses Vorganges die Gründung einer deutschgesinnten Zeitung in wendischer Sprache und wirtschaftliche Hilfsmassnahmen für die Lausitz empfohlen wie verkehrspolitische Erschliessung, Gewährung billigen Kredits und Unterstützung der Siedelung mit Vermischung beider Volksteile.

Nun begeht Herr S. die Unvorsichtigkeit, die Wenden auch selber als »loyale Staatsbürger der deutschen Republik« hinzustellen. Wenn sie das sind, weiss ich nicht, was an meinen Vorschlägen provozierend sein soll? Aber Herr S. nimmt diese Loyalität zum Vorwand, um von sich aus staatsfeindliche Politik zu treiben, und wenn ein Deutscher dagegen Front macht, schreit er über »Beleidigung des loyalen Wendentums«, auch wenn Herr Masaryk als Hauptrepräsentant der Tschechischen Drahtzieher und Geldgeber von Skala u. Gen. dieses als »das einzige nicht durch den Weltkrieg befreite slavische Volk« hinzustellen wagt. Wenn die Polen oder Tschechen in deutsch geschriebene Zeitungen gegen Deutschland gerichtete Politik verbreiten, oder in Flensburg Seite an Seite mit der Kulturwehr der dänisch gesinnte »Schleswiger« in deutscher Sprache erscheint, so ist das nicht provozierend. Was aber kann den Wenden, wenn sie loyal sind, willkommener sein, als eine in ihrer Muttersprache erscheinende und für das deutsche Reich eintretende Zeitung?

Herr S. versucht dann auch den preussischen Innenminister gegen mich auszuspielen, weil dieser in seiner Oppelner Rede vom Februar 1927 zugesichert hat, dass die Massnahmen des Sofortprogramms allen Bewohnern der betreffenden Gebiete, also auch den fremdsprachigen, zugute kommen sollen. Wozu der Lärm, da ich ja über Herrn Grzesinski noch hinausgegangen bin und gerade in erster Linie solche Hilfe für die wendische Bevölkerung verlangt habe? Doch Herrn S. passiert noch ein anderes Missgeschick. Im Januar hatte sich nämlich die »Kulturwehr« darüber entrüstet, dass der sozialdemokratische sächsische Bevollmächtigte Dr. Gradnauer im Reichsrat 2 Millionen für die sächsischen Grenzgebiete von dem Sofortprogramm gefordert hat. »weil die Lausitz durch die wendischen Umtriebe aus Prag und Paris gefährdet werde«. Deshalb verwirft Herr S. das Sofortprogramm als »weitausgreifende Mobilmachung staatlicher Gelder zu nationalpolitischen Zwecken«. Einmal werde ich in Gegensatz zu Herrn Grzesinski gebracht, weil ich angeblich Staatsmittel ohne Berücksichtigung der Minderheit verwenden will, und dann wird eine Aufwendung solcher für die Minderheit als nationalpolitischer Missbrauch verworfen.

Herr S. wünscht also für seine wendischen Landsleute keine wirtschaftliche und kulturelle Förderung seitens Deutschlands, weil er genau weiss, dass dann der Einfluss der tschechischen und sonstigen fremden Mittel sinken würde und dass der Same einer Irredenta um so besser gedeiht, je schlechter es dem zu bearbeitenden Bevölkerungsteil geht. Darum sollen die Wenden in Not geraten, damit sie der Verführung durch hetzerische Agitatoren leichter erliegen.

Das ist dieselbe Taktik, aus der heraus unsere Minderheitsführer die Kulturautonomie ablehnen, weil sie Agitationsstoff gebrauchen und keine Aufrichtigkeit bei der Lösung des Minderheitenproblems wünschen, sondern Vorwände für ihre Hetzarbeit suchen.

Da ich mich bei meinen Vorschlägen aber in Gesellschaft der Herren Grzesinski und Gradnauer befinde, kann ich ja wohl ruhig schlafen und hoffen, dass auch Herr Wehle in Zukunft etwas vorsichtiger sein wird, ehe er sich wieder von Herrn S. als Vorspann benutzen lässt und dadurch in schroffen Widerspruch zu seinen Parteifreunden setzt.

Bezeichnend endlich, dass die Kulturwehr gerade in ihrer Märznummer 1927 auch von »Vorträgen über die Wendenfrage« in England berichtet, bei denen besonderen Eindruck das Vorhandensein einer hervorragenden Homerübersetzung gemacht haben soll. Hoffentlich vergass der Redner nicht zu erwähnen, dass die

Mittel zu deren Drucklegung der sächsische Staat hergegeben hat. Man lehnt solche Zuwendungen zwar als Missbrauch öffentlicher Gelder zu nationalpolitischen Zwecken mit scheinbarer Entrüstung ab, aber mit den dadurch erzielten Erfolgen brüstet man sich vor dem Auslande als Leistungen eigener Kultur. Ja, Bauer, das ist ganz etwas anderes.«

Um die Angelegenheit Dr. Laubert in Weißwasser endgültig zu klären, habe ich im Juli 1927 die »Reichszentrale für Heimatdienst« um eine Unterredung gebeten, die im Dienstzimmer des damaligen Leiters (sein Name ist mir entfallen), teilweise mit diesem selbst, teilweise (und in dessen Anwesenheit) mit dem Leiter der Vortragsabteilung Prof. Rohloff stattfand. Dort wurde von Prof. Rohloff erklärt, daß die Reichszentrale mit dem Vortrag Dr. Lauberts nichts zu tun habe, da derartige Vorträge ihr vorher nicht vorgelegt werden und sie auf ihre Gestaltung keinen Einfluß ausübe. Im übrigen sei die Reichszentrale für Heimatdienst entschlossen, keine weiteren Vorträge der Art, wie sie Dr. Laubert hielt, in den Minderheitengebieten halten zu lassen, da sie, wie Prof. Rohloff ausdrücklich erklärte, sich überzeugt habe, daß sie wenig Zweck hätten. Ich habe das mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Auf meine übrigen Einwendungen gegen den Laubertschen Vortrag sagte mir Prof. Rohloff, daß es Herrn Dr. Laubert überlassen bleiben müsse, wie er sich mit uns auseinandersetzen wolle. Ich habe damals ausdrücklich erklärt, daß ich die Erklärung Dr. Lauberts veröffentlichen werde, jedoch nur unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung unserer Kritik, die sich auf die stenographischen Notizen unseres Gewährsmannes stützt. Sei Herr Dr. Laubert damit nicht zufrieden und wünsche er eine andere definitive Erledigung der Auseinandersetzung, so könne m. E. eine solche nur auf dem gerichtlichen Wege durch eine Klage gegen die »Kulturwehr« erfolgen; irgendwelche weitere »Erklärungen« des Herrn Dr. Laubert lehne ich strikt ab, und ich bat Herrn Prof. Rohloff, dies Herrn Dr. Laubert mitzuteilen. Wie ich zu meinem nicht geringen Staunen jetzt sehe, hat Herr Dr. Laubert vorgezogen, nach $\frac{1}{4}$ resp. $\frac{1}{4}$ Jahren sich mit Zeitungsartikeln zu verteidigen, und zwar teilweise mit sophistischen Spitzfindigkeiten, teilweise mit objektiven Unwahrheiten.

Dazu ist lediglich festzustellen:

1) Ich habe den sozialdemokratischen Abgeordneten im sächsischen Landtag Herrn I. Wehle erst persönlich kennen gelernt, als ich ihn am 8. Februar 1928 im sächsischen Landtagsgebäude zu einer Unterredung über I.-serbischen Angelegenheiten aufsuchte; wir haben uns vorher — und auch nachher — nie gesehen, und haben weder über den Laubertschen Vortrag noch überhaupt sonst miteinander korrespondiert. Weder hat Abg. Wehle von mir irgendwelches Material jemals erhalten noch habe ich jemand Material zur Weiterleitung an ihn gegeben. Der in der »Kulturwehr« nicht ohne Kritik erfolgten Anerkennung der Wehle'schen Rede habe ich auch heute nichts hinzuzufügen, noch weniger aber etwas zu streichen. Herr Dr. Laubert konnte jedoch offensichtlich die ihm bequeme Konstruktion einer Beeinflussung der Ausführungen Wehles durch mich nicht entbehren, und so behauptet er sie ohne eine Spur von Bedenken als fertige Tatsache! Angesichts solcher Methoden erscheint es mir nicht nur überflüssig, sondern auch unmöglich, mich mit Herrn Dr. Laubert über Loyalitätsbegriffe zu unterhalten.

2) Herr Dr. Laubert gibt auch jetzt wieder seiner Freude darüber Ausdruck, daß — seiner Meinung nach — die Zahl der Lausitzer Serben ständig zurückgeht. Trotzdem will er aber »in erster Linie Hilfe für die wendische Bevölkerung« verlangt haben. Diese Hilfe soll wahrscheinlich durch die »deutschgesinnte Zeitung in wendischer Sprache« gebracht werden, wobei Herr Dr. Laubert »deutschgesinnt« und »staats-

bejahend« in Gegensatz zu einander stellt. Denn die gesamte Presse der Lausitzer Serben — wie auch die aller Minderheiten in Deutschland — ist grundsätzlich staatsbejahend und lehnt vor allem die nationalistische »Deutschgesinntheit«, für die Herr Laubert ficht, deswegen ab, weil sie ihre Volkstumsgenossen nicht zum Vorspann rechtsbolschewistischer Kreise machen, sie aber auch nicht germanisieren lassen will. Herr Dr. Laubert bedauert ferner »noch ein Mißgeschick«, das mir bei der Kritik an dem Sofortprogramm passiert sein soll. Er verumdet auch hier wieder die Begriffe, weil er sonst auf seine Angriffe verzichten müßte. Ich habe die Verwendung von Staatsgeldern für Notsandsgebiete nur dann für vertretbar gehalten, wenn die Minderheiten nicht ausgeschlossen werden; auch hier stellt Herr Dr. Laubert die Behauptung, daß eine Aufwendung dieser Gelder auch für die Minderheit erfolge — und zwar ohne den Versuch einer nationalisierenden Demoralisation! — als Tatsache hin!

3) Herr Dr. Laubert greift den Präsidenten der čechoslovakischen Republik wegen der einwandfreien Feststellung einer historischen Tatsache an; nun: die Distanz zwischen dem Professor der Geschichte Masaryk und dem Herrn Geschichtsprofessor Dr. Laubert aus Breslau dürfte, falls Herrn Dr. Laubert überhaupt außerhalb Breslau jemand kennt, im europäischen Urteil ungefähr feststehen, sodaß sich eine Diskussion darüber erübrigt. Hinsichtlich dessen aber, was Herr Dr. Laubert an der kritischen Stelle über die »Geldgeber von Skala und Gen.« sagt, erkläre ich für meine Person, die ausdrücklich genannt ist: diese Behauptung des Herrn Dr. Laubert ist eine dreiste Verleumdung, für die er weder einen Wahrheitsbeweis zu führen imstande ist, noch überhaupt zu führen versucht.

Als verleumderische Unterstellung bezeichne ich ferner die weitere Behauptung Dr. Lauberts, daß ich für meine Landsleute keine wirtschaftliche und kulturelle Förderung seitens Deutschlands wünsche, weil ich genau wisse, daß dann der Einfluß der čechischen und sonstigen fremden Mitteln sinken würde usw.

Aus allen meinen öffentlichen Äußerungen geht hervor, daß ich das Minderheitenproblem — und zwar im Gegensatz zu deutschen Minderheitspolitikern — als ein innerstaatliches betrachte und behandelt wissen will. Meine politische Tätigkeit ist seit Jahren vergeblich darauf gerichtet, die deutschen Regierungen und Politiker zu einer kulturellen und wirtschaftlichen Förderung des Volkstums der Lausitzer Serben auf dem Wege der minderheitspolitischen Gesetzgebung zu bewegen. Es ist entweder Unwissenheit oder Böswilligkeit, wenn Herr Dr. Laubert gegenteilige Behauptungen aufstellt; in beiden Fällen werden seine Methoden genügend gekennzeichnet.

4) Herr Dr. Laubert behauptet schließlich, daß die Mittel für die Drucklegung der Homerübersetzung des Pastoren M. Urban der sächsische Staat hergegeben hat. Ich habe mich an den Homerübersetzer mit der Bitte um genaue Angaben über diese »Hergabe der Mittel zur Drucklegung« gewandt; hier sind sie:

Die sächsische Staatsregierung hat im Jahre 1921 300 Papiermark zur Drucklegung beige-steuert. Nehmen wir den günstigsten Stand der Papiermark des Jahres 1921 (d. i. vom 11.—20. Mai), so ergibt sich laut Reichsanzeiger vom 17. 6. 1925: 100 Papiermark = 7.42 Goldmark. Danach beträgt der tatsächliche Geldwertbeitrag 22 Mark und 26 Pfennige! Ferner haben »Die Herren Landstände des Sächsischen Markgrafentums Oberlausitz« einmal 500 Papiermark und später noch einmal 1000 Papiermark dem Uebersetzer für die Drucklegung überwiesen. Aus der Mitteilung Urbans geht das Jahr der Ueberweisung nicht hervor; soweit ich aus dem Gesamtnachweis schließen kann, sind sie unmittelbar nach dem Beitrag der sächsischen Staatsregierung gegeben worden. Es würde sich dabei ein Goldwert von 113 Mark und

30 Pfennigen ergeben. Alle Lausitzer Serben und nicht zuletzt der Uebersetzer, Herr Pastor Urban, sind auch für diese geringen Zuschüsse in einer Notzeit stets dankbar gewesen. Es besteht aber für Herrn Dr. Laubert schwerlich eine Möglichkeit, daraus polemisches Kapital gegen die »Kulturwehr« oder mich zu schlagen. Denn die Gesamtkosten haben 92211 Mark betragen, wovon durch 80 Maecenaten 42211,50 Mk., durch zwei ungenannte Wohltäter zusammen 6000 Mk., insgesamt also 48211,50 Mk. aufgebracht wurden. Die aus öffentlichen Mitteln gegebene Summe beträgt insgesamt 1800,— Papiermark = 135,56 Goldmark = 1,09 % der Gesamtkosten, der Rest stammt aus verschiedenen Teller- und sonstigen Sammlungen sowie aus dem Verkauf der fertigen Exemplare, von denen der Uebersetzer noch etwa 500 Stück auf Lager hat, die wahrscheinlich sein »Honorar« bilden und die er en bloc für 2000 Mark verkaufen möchte.

Mit diesen Feststellungen, die Herr Dr. Laubert aus Breslau weder zu bestreiten noch zu seinen Gunsten umzudeuten in der Lage sein dürfte, ist die Angelegenheit für die »Kulturwehr« erledigt.

Jan Skala.



INHALTSANGABE

Artikel.

Anträge der polnischen Minderheit.
Die Wahlen zum Reichstag und preussischen Landtag.
Der 20. Mai.
Deutschtumstagen.

Berichte.

Dänen: Die dänische Minderheit im Wahlkampf. — **L.-Serben:** Grenz
fondhilfe.

Fremdstaaten.

Čechoslowakei: Deutscher Kulturbund. — **Jugoslavien:** Deutsche Völ-
kerbundsliga.

Pressestimmen.

Rundschau.

Bemerkungen.

Einzelpreis dieses Heftes **1.20 Reichsmark.**

Redaktion und Administration: Berlin-Charlottenburg 4, Schlüterstrasse 57.
Telefon Bismarck 7546.

Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto und
Einschreibgebühr beigefügt werden.

Abonnement: Deutschland: vierteljährlich 2,50 RM, inkl. Porto. Ausland:
vierteljährlich 1 amerik. Dollar.

Zahlungen sind im Inland an das Postscheckkonto Berlin NW, 57 906,
Dr. Jan Kaczmarek (Verwaltung »Kulturwehr«), aus dem Auslande per
Postanweisung oder Einschreibebrief an Herrn Dr. J. Kaczmarek,
Charlottenburg 4, Schlüterstr. 57 V. zu richten.

Redaktionsschluss am 2. jeden Monats.

Nachdruck nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Beleg-
exemplars an unsere Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: J. Skala, Berlin-Pankow.
Druck: Jessensche Buchdruckerei (Marie O. Jessen) Flensburg.